MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG

MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924
1923

339 (26.7.1923) Mittag-Ausgabe

urn:nbn:de:bsz:mh40-212076

Donnerstag, 26. Juli — Mittag-Ausgabe — Verkaufspreis M. 700.— — 1923 — Nr. 339

Mannheimer General-Anzeiger

Badische Neueste Nachrichten

Bezugspreise: In Mannheim und Umgebung frei ins Haus und durch die Post ohne Bestellgeld monatlich Mark 33000.— halbmonatlich Mark 16500.—. Nachforderung vorbehalten. Postscheckkonto Nr. 17390 Karlsruhe. — Hauptgeschäftsstelle Mannheim, E 6, 2. — Geschäfts-Nebenstelle Neckarstadt, Waldhofstraße Nr. 6. Fernsprecher Nummer 7041. 7042. 7043. 7044. 7045. Telegramm-Adresse: Generalanzeiger Mannheim. — Erscheint wöchentlich zweimal . . . . . .

Anzeigenpreise: Bei Vorauszahlung Grundpreis je Zeile Mk. 5000.—, Reklamen Mk. 20000.—, Alles andere laut Tarif. Annahmeschluß: Mittagblatt vormittags 9½ Uhr, Abendblatt nachmittags 2½ Uhr. Für Anzeigen an bestimmten Tagen, Stellen u. Ausgab. wird keine Verantwort. übern. Höh. Gewalt, Streike, Betriebsstörung. usw. berechtig. zu keinen Ersatzanspr. für unpünktl. od. beschränkt. Ausgab. od. f. versp. Aufnahm. v. Anzeig. Auftr. d. Fernspr. od. Gerichtsst. Mannheim

Beilagen: Der Sport vom Sonntag — Gesetz und Recht — Modezeitung — Aus Zeit und Leben mit Mannheimer Frauen-Zeitung und Mannheimer Musik-Zeitung

Leise Entspannung der inneren Lage

Maßnahmen der Regierung

⊡ **Berlin**, 26. Juli. (Von uns. Berl. Büro.) Wenn nicht alle Anzeichen trügen, so kann man heute bereits von einer gewissen Entspannung der innerpolitischen Lage sprechen, die sich durch das unverantwortliche Treiben der links- und rechtsradikalen Gruppen in den letzten Tagen äußerst bedrohlich zugespitzt hatte. Das Demonstrationsverbot des Reichsinnenministers, dem die entsprechenden Maßnahmen in den einzelnen Ländern auf dem Fuße gefolgt sind, hat sehr wesentlich zur Reinigung der gewitterschwülen Atmosphäre beigetragen. Daß durch diese Verfügung die nach unserer Kenntnis unter Umständen mit schonungsloser Energie gehandhabt werden soll, nun jegliche Gefahr aus dem Wege geräumt sei, wird niemand behaupten können. Ohne Zweifel aber hat die entschlossene Geste der Regierung bereits ernüchternd auf den Unternehmungsgeist gewirkt. Dennoch wird der kommende Sonntag, der die Generalprobe für den Aufmarsch der beiden feindlichen Parteien hatte bilden sollen, als ein kritischer Tag erster Ordnung anzusprechen sein, und mit der Möglichkeit von Zwischenfällen ist auch jetzt noch zu rechnen. So verlautet, daß die Berliner Kommunisten dem Verbot Severings zum Trotz den Versuch machen werden, am Sonntag größere Massen ihrer Anhänger nach Potsdam zu dirigieren. Indes dürfte wie in Berlin und Umgebung so auch in den anderen Gefahrzonen des Reiches die Polizei für alle Eventualitäten gerüstet sein.

Mit der Verhinderung der Straßenkundgebungen ist selbstverständlich nur ein äußeres Unruhemoment aus der Welt geschafft, die Spannung selbst bleibt bestehen und sie zu beseitigen, bedarf es anderer Mittel als Versammlungsverbote. Davon ist man in parlamentarischen Kreisen, ist man vor allem bei den Parteien der Mitte durchdrungen. Auch innerhalb der Reichsregierung herrscht Einmütigkeit darüber, daß mit der größten Beschleunigung Entscheidendes unternommen werden muß, um der anschwellenden Flut des Wirtschaftselends einen Notdamm entgegenzusetzen. Man weiß, daß der

Plan einer Ruhrsteuer

immer mehr an Boden gewinnt, weiß, daß man in Vermeidung der während des Krieges begangenen Fehler mit äußerster Kraftanstrengung nunmehr an die finanzielle Fundierung des Abwehrkampfes am Rhein und Ruhr schreiten muß. Welche Formen eine solche Ruhrsteuer letzten Endes annehmen wird, läßt sich im Augenblick noch nicht übersehen, zumal auch dieses Projekt nur ein Glied in der Kette weiterer wirtschaftspolitischer Maßnahmen bilden dürfte. Im Zusammenhang damit ist mit der Wahrscheinlichkeit zu rechnen, daß die Einberufung des Reichstages schon in der ersten Hälfte des August erfolgen wird.

Die Regierung will durchgreifen

⊡ **Berlin**, 26. Juli. (Von unserm Berliner Büro.) Einem Vertreter des „B. T." gegenüber versicherte Reichsminister Oeser, daß die Reichsregierung, wenn es nötig sein sollte, nicht zögern werde, mit aller Energie die ihr zur Verfügung stehenden Machtmittel anzuwenden. Sehr mit Recht bemerkt Oeser, daß alle Störungsversuche lediglich dem äußeren Feinde zugute kämen. Alle Einsichtigen sollten sich klar machen, daß jeder Putsch die bevorstehenden und entscheidenden internationalen Verhandlungen maßlos erschweren und dadurch nur neues Unglück über Deutschland bringen müßte.

Die Zuverlässigkeit der Reichswehr

Auf ein Ersuchen des deutschen Friedenskartells, der Reichswehrminister solle, um eine Entspannung der bedrohlichen inneren Lage herbeizuführen, ein Versprechen der Reichswehr veranlassen, daß der Staat unter allen Umständen gegen die inneren Unruhen geschützt wird, hat Minister Dr. Geßler geantwortet:

„Die Reichsregierung wird jeden Versuch, ihre Absichten und Anordnungen auf verfassungswidrige oder ungesetzliche Weise zu durchkreuzen, rücksichtslos unter Anwendung aller ihrer Machtmittel unterdrücken, von welcher Seite ein solcher Versuch auch kommen möge. Daß der Reichsregierung in jeder Lage die Wehrmacht als unbedingt zuverlässiges Machtmittel zur Verfügung stehen wird, dafür verbürge ich mich."

Die Vorgänge in Frankfurt

⊡ **Berlin**, 26. Juli. (Von unserm Berliner Büro.) In einem Bericht der „D. A. Z." aus Frankfurt wird den leitenden Stellen des Frankfurter Polizeipräsidiums vorgeworfen, daß sie mit geradezu unverantwortlicher Fahrlässigkeit alle Warnungen der Bürgerschaft um genügenden Schutz bei den letzten Unruhen außer Acht gelassen haben. Besonderen Unwillen habe es erregt, daß der Polizeipräsident (ein Sozialdemokrat) in seinem amtlichen Polizeibericht sogar noch die Tüchtigkeit der sozialdemokratischen Ordner und Parteigenossen lobte, von denen der „Vorwärts" freimütig bekennt, daß sie der Massen gar nicht Herr gewesen sind. Die Deutsche Volkspartei und auch die Deutschnationale Volkspartei haben am Dienstag abend bereits entsprechende Schritte in Berlin unternommen. In erster Linie wird in einer Entschließung beider Parteien der Polizeipräsident Ebrler für die Vorgänge verantwortlich gemacht.

Die Unentwegten rechts und links

Gestern hatte das Deutsche Tageblatt, das Organ der Deutsch-Völkischen, den Aufruf der „Roten Fahne" mit dem Zusatz abgedruckt: „Trotz des Verbots Severings rufen wir unseren völkischen Freunden zu, haltet die Augen auf und seid von heute ab bis auf weiteres bereit!" Heute nun läßt sich die „Rote Fahne" unter der Ueberschrift „Trotz des Verbots!" wie folgt vernehmen: Am 29. Juli haben die Arbeiter beschlossen, gegen den Faszismus zu demonstrieren. Sie werden sich von diesem Vorhaben durch keinerlei Verbote abhalten lassen, sie werden die Mittel und Form der Kundgebung finden, die ihnen in den verschiedenen Städten und Industriebezirken Deutschlands am zweckmäßigsten erscheinen."

Was die Dresdner Stoßtrupps beabsichtigen

Das Dresdener Polizeipräsidium teilt mit, daß es die Versammlungen der radikalen und revolutionären Erwerbslosen verboten habe, weil ihm Nachrichten zugekommen seien, wonach diese Versammlungen zur Begehung von Gewalttätigkeiten benutzt werden sollen. Es sollten Stoßtrupps gebildet werden zum gleichzeitigen Vorgehen gegen Geschäfte, Gasthäuser usw. im Stadtbezirk und gegen Güter auf dem Lande. Auch haben die Erwerbslosen gedroht, wenn ihr Führer, der z. Zt. sich in Untersuchungshaft befindet, nicht entlassen würde, daß sie dann aufs Ganze gehen würden. Man befürchtet, daß die Erwerbslosen den bevorstehenden Antifaszistentag benutzen werden, um doch noch zu ihrem Ziel zu gelangen. Immerhin ist es für Sachsen doch allerhand, daß sich das Polizeipräsidium überhaupt zu einem Verbot aufgeschwungen hat. Hoffentlich bringt es auch noch fernerhin soviel Energie auf, es durchzusetzen.

Einberufung des Reichstags im August

⊡ **Berlin**, 26. Juli. (Von unserm Berliner Büro.) Der „Vorwärts" bestätigt, daß nach Besprechungen, die der Reichstagspräsident gestern mit der Regierung und den Parteiführern hatte, der Reichstag voraussichtlich im Laufe des Monats August einberufen werden wird. Der Tag läßt sich noch nicht genau bestimmen, weil die gesetzgeberischen Maßnahmen, die zum Schutz der Währung geplant sind, in dieser Woche erst das Reichskabinett und den Reichsrat passieren müssen. Mit der bevorstehenden Beratung der Entwürfe im Reichstag wird sich dann selbstverständlich auch eine politische Aussprache über die äußere und innere Lage verbinden. Im übrigen macht das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei heute der Regierung Cuno, freilich nicht zum ersten Male, den Vorwurf mangelnder Entschlußkraft. Das zögernde Schwanken der Regierung habe die deutschen Finanzen dem Abgrund nahe gebracht, habe unsere Stellung im Ruhrkonflikt erschwert und zu einer Radikalisierung der Massen beigetragen.

* * *

Zu den Preissteigerungen

auf dem Lebensmittelmarkt gibt das Berliner Lebensmittelamt eine Erklärung ab, der wir folgende allgemein interessierende Ausführungen entnehmen: „Wenn uns nicht die leider zur Unzeit eingetretene Regenperiode einen Strich durch die Rechnung macht, dürfte in kurzer Zeit der kritische Punkt überstanden sein. Es wird allerdings nicht zu umgehen sein, daß sich die Preise für sämtliche Lebensmittel noch verdoppeln werden, daß sie letzten Endes selbst für Inlandsprodukte vom Dollarstand abhängig sind, dessen Höhe sie noch nicht erklommen haben." Die Lage wird auch von den zuständigen Stellen als sehr undurchsichtig bezeichnet und man ist im Augenblick nicht imstande, sich ein Urteil zu bilden, weil alles von der Entwicklung der Innenpolitik, des weiteren Verlaufs der Ruhrangelegenheit und der Stabilisierung und Besserung der Mark abhängt.

Ruhig Blut!

In verschiedenen Teilen Deutschlands sind in der letzten Zeit schwere Ausschreitungen und Plünderungen einander in sehr bedenklichem Maße gefolgt. Wie in Breslau und Gleiwitz ist es neuerdings auch in Frankfurt a. M. zu derartigen blutigen Exzessen gekommen. Im Hintergrund dieser Unruhen stehen zweifellos kommunistische Agitatoren, die die Menge aufreizen. Die Behauptung, in Breslau seien antisemitische Kräfte am Werk gewesen, ist als unrichtig festgestellt. Die Urheber sind die Kommunisten, die die aufgehetzte Menge gegen die Lebensmittelläden antreiben. Die Vorfälle in Frankfurt haben außerdem gezeigt, daß sich die Ausschreitungen auch gegen diejenigen Stadtteile richten, die Brennpunkte des öffentlichen und gesellschaftlichen Verkehrs sind. Daß die aufgehetzten Massen auch vor Mord und Totschlag nicht zurückschrecken, hat in Frankfurt eine neue Bestätigung gefunden und ist zudem durch frühere Vorfälle schon mit erschreckender Deutlichkeit bewiesen.

Das Bedenkliche dieser Unruhen ist nicht etwa die Tatsache, daß verhetzte Massen ihren Instinkt nicht mehr im Zaume halten können. Die gegenwärtige wirtschaftliche Notlage trägt zweifellos in manche Kreise eine außerordentlich verbitterte Stimmung. Und daß eine solche Stimmung bei günstiger Gelegenheit die Fesseln sprengt, ist eine alte Erfahrung. Derartige Ausschreitungen zu hindern, ist noch immer geglückt und auch in Breslau und in Frankfurt hat das rasche Zugreifen der Polizeikräfte dem wüsten Spuk rasch ein Ende gemacht. Eine schwere Gefahr werden solche Exzesse erst dann, wenn sie nicht mehr ein Spiel des Zufalls sind, sondern wenn sich in ihrem Auftreten ein Zusammenhang bemerkbar macht, der mit Sicherheit auf die systematische Vorbereitung von schweren sozialen Unruhen schließen läßt. Und dieser Zusammenhang ist mit Händen zu greifen. Die Kommunisten hetzen seit Wochen und Monaten in der skrupellosesten Weise die Massen auf und schüren mit allen Mitteln ihrer gewissenlosen Propaganda den Bürgerkrieg. Das was sich bisher an Unruhen ereignet hat, steht mit dieser Hetze zweifellos in Zusammenhang und ist leider wohl nur als ein Vorspiel zu betrachten. Denn den Hauptschlag planen die Kommunisten erst in der nächsten Zeit zu führen. Wenn sie ihre Massen am kommenden Sonntag trotz der Verbote aufmarschieren lassen, so wird auch das wohl noch nicht bedeuten, daß sie ihr Endziel an diesem Tage erreichen wollen. Bisher handelt es sich immer noch um Etappen. Der kommunistische Weizen wird erst dann für die Ernte reif sein, wenn durch wiederholte Unruhen das innere Gefüge schwer erschüttert ist und wenn ein Druck von außen hinzukommt, dem ein von innen morsch gewordenes Staatsgefüge nicht mehr gewachsen ist.

Daß den Kommunisten dieses Ziel vor Augen schwebt, unterliegt gar keinem Zweifel. Deshalb müssen alle Parteien, denen an der Aufrechterhaltung des Staates liegt, und müssen vor allen Dingen alle Regierungen, die Reichsregierung so gut wie die Landesregierungen mit aller Entschiedenheit dem kommunistischen Treiben entgegentreten. Leider fehlt es daran zur Zeit noch in ganz bedenklichem Maße. Die Sozialdemokratie scheint in der letzten Zeit sogar den Kommunisten gegenüber sehr erheblich an Willenskraft eingebüßt zu haben. Sie ist sogar in Frankfurt mit ihnen zusammen aufmarschiert und sie erläßt im Anschluß an die Unruhen in Breslau eine Kundgebung, die sehr stark von dem kommunistischen Machtwillen beeinflußt ist. Die mitteldeutschen Sozialdemokraten verlangen von ihrer Reichstagsfraktion, daß sie in verschärfte Opposition gegen die Regierung Cuno eintritt und sie verlangen fernerhin sofortige Verhandlungen mit denjenigen Mächten, die in die Ruhr eingebrochen sind. Offenbar steht die Sozialdemokratie unter dem Eindrucke kommunistischer Wahlerfolge. Sie scheint dadurch ihre Selbstbeherrschung soweit schon verloren zu haben, daß sie die Zügel aus der Hand gibt. Sonst wäre es nicht zu erklären, daß sie mit den Kommunisten ganz offen gemeinsame Sache macht und die Opposition gegen die Regierung Cuno in einem Augenblick proklamiert, in dem nur durch festes Zusammenhalten im Innern der Erfolg noch gerettet werden kann.

Aber auch die Festigkeit der Regierung läßt den Kommunisten gegenüber zu wünschen übrig. Vereinzelt ist der Kommunistenaufmarsch am kommenden Sonntag verboten worden, so von dem energischen Roske in Hannover, merkwürdigerweise von einer linksgerichteten Regierung in Braunschweig und sogar in Dresden. Ueberall anderswo aber scheint man in Preußen diesen Aufmarsch geschehen lassen zu wollen. Das einzig Richtige wäre, die Reichsregierung erließe für die nächsten Wochen ein ganz allgemeines Verbot aller parteipolitischen Kundgebungen unter freiem Himmel. Zu solchen Kundgebungen ist heute kein Spielraum in Deutschland, da wir alle Kräfte zusammennehmen müssen, um dem Druck Frankreichs gewachsen zu sein. Geht aber die Reichsregierung nicht durch ein einheitliches Verbot vor, so müssen die Landesregierungen zusehen, daß innere Unruhen verhütet werden. Hier und in dem Verhalten der sozialdemokratischen Partei liegt der Schlüssel der Lage. Nur wenn die Sozialdemokratie den Damm gegen links nicht zusammenbrechen läßt und wenn die Regierungen die Staatsautorität mit allen Mitteln wahren — nur dann kann trotz aller Sturmzeichen die Gefahr noch abgewendet werden.

Deutsche Protestnoten

Deutschland hat an Frankreich und Belgien eine Note gerichtet, die sich mit der Verordnung 192 der Rheinlandkommission, die sich gegen den passiven Widerstand wendet, befaßt. Die deutsche Regierung weist darauf hin, daß sie seit dem Ruhreinbruch immer wieder gegen Anordnungen der Rheinlandkommission Einspruch erheben mußte, weil sie sich weder im Rahmen des Rheinlandabkommens hält noch die Anordnungen nicht den Grundsätzen des Völkerrechts entsprechen. Wenn die Bevölkerung der besetzten deutschen Gebiete, die von der Reichsregierung als rechtsungültig beanstandeten Anordnungen und Verordnungen nicht beachte, könne ihr umsoweniger ein Vorwurf gemacht werden, als das Deutsche Reich nach dem Rheinlandabkommen die Verwaltung des besetzten Gebiets behalten habe. Die Wahl der Mittel, zu denen die Rheinlandkommission jetzt greife, seien Zeichen für eine schlechte Sache. Unter Berufung auf ihr gutes Recht legt die deutsche Regierung gegen diese Rheinlandverordnung, die neue Leiden auf eine schuld- und wehrlose Bevölkerung häuft, Verwahrung ein.

In London und Rom sind gleichfalls Vorstellungen erhoben worden. Der deutsche Geschäftsträger in Paris hat ferner der französischen Regierung eine Note übergeben, in der gegen den Einmarsch in Barmen, gegen die Verhaftung des Reichsbankdirektors Crusius und eine Hundertschaft der Schupo, von der sich sogar noch zwei Personen in Haft befinden, feierlichst Verwahrung eingelegt wird. Deutschland behält sich alle Schadenersatzansprüche vor.

Der belgisch-französische Meinungsaustausch

„Mit äußerster Langsamkeit"

⊡ **Berlin**, 26. Juli. (Von unserm Berliner Büro.) Aus Paris läßt sich die Vossische Ztg. einen Stimmungsbericht übermitteln, in dem es heißt, daß der französisch-belgische Meinungsaustausch mit äußerster Langsamkeit fortgesetzt wird. Die Besprechung, die der belgische Botschafter gestern mit Poincare hatte, hat offenbar kein neues Moment zutage gefördert. Am Quai d'Orsay erklärt man erneut, daß der Meinungsaustausch voraussichtlich „eine ziemlich langsame Entwicklung nehmen würde". Bleibt zu hoffen, daß Baldwin und seine Leute etwas Dampf dahinter setzen.

Beredtes Stillschweigen

Mit Bezug auf die französisch-belgischen Unterhandlungen bemerkt der Pariser Vertreter der „N. Z.", man würde gut daran tun, alle Presseerörterungen, die jetzt von Paris ausgingen, mit größter Vorsicht aufzunehmen, da sie darauf berechnet sind, Verwirrung zu schaffen. Bei all diesen Erörterungen fällt nämlich eines auf: Hierarum spricht man nicht von der italienischen Regierung, von Mussolini? Hat er in dieser wichtigen Frage keine Stimme mehr?

* **Kulturspende für die Nordmark.** Der deutsche Girozverband hat der Flensburger Girozentrale als Kulturspende für die Nordmark einen Betrag von 20 Millionen M überwiesen.

Frankreichs Vorbereitungen zur Ausrufung der Rheinischen Republik

Die „Humanité" berichtet heute weiter über französische Vorbereitungen zur Ausrufung der Rheinischen Republik. Am 14. August 1920 habe General Mangin Dr. Dorten 250 000 Franken aushändigen lassen, um dadurch den „Rheinischen Herold" als eine Tageszeitung erscheinen zu lassen und damit auch die Rheinische Separatistenbewegung in französischem Sinne leichter und besser beeinflussen zu können. Später sei man sogar soweit gegangen, Attentate zu begünstigen, um die späterhin einsetzenden Repressalien rechtfertigen zu können. Dr. Dorten sei von dem Duisburger Attentat und von sonstigen Sabotageakten zwei Tage vorher vollkommen unterrichtet gewesen, und zwar nicht nur er, sondern auch noch einige andere Persönlichkeiten, die diese Hetze unterstützen, Deutschland mürbe zu machen. Dabei wollten aber 95 Prozent der rheinischen Bevölkerung, so betont auch die „Humanité", von einer Rheinischen Republik überhaupt nichts wissen.

⊡ **Berlin**, 25. Juli. (Von uns. Berl. Büro.) Von zuständiger Stelle erfahren wir, daß das Reichswirtschaftsministerium eine Verordnung erlassen hat über eine abermalige Erhöhung der Druckpapierpreise. Darnach soll der Zentner Rollenpapier 874 000 Mark und der Zentner Formatpapier 874 250 Mark kosten. Die Erhöhung wird mit der abermaligen Steigerung der Kohlenpreise und Arbeitslöhne begründet.

MARCHIVUM

Unter der Fremdherrschaft

Die Verjagung der Eisenbahner

In Bad Ems ist die Ausweisung von zwölf Eisenbahnern nebst Familien erfolgt.

Im Direktionsbezirk Trier hat die Besatzungsbehörde erneut an 27 Eisenbahner Ausweisungsbefehle gerichtet.

Aus dem Eisenbahndirektionsbezirk Ludwigshafen sind erneut 55 Eisenbahner mit ihren Familien (darunter 111 Kinder) ausgewiesen worden, meist aus der Gegend von Landstuhl, Kusel und Neustadt.

Frankenlöhnung

Dem „Echo" wird aus Mainz berichtet: Angesichts der fortgesetzten Entwertung der Mark hat die französisch-belgische Eisenbahnregie beschlossen, die Bezahlung der deutschen Angestellten und Hilfsarbeiter auf der Grundlage des Franken vorzunehmen.

Neue Verkehrsschikanen

Nach einer Verfügung des Kreisdelegierten in Aachen wird der Stempel für die Ausreise in das unbesetzte Gebiet Deutschlands bis 15. August nur erteilt werden, wenn ernste Gründe vorliegen, die die Anwesenheit des Antragstellers im unbesetzten Gebiet in Handel-, Industrie- oder privaten Angelegenheiten erfordert. Damit ist praktisch die am 26. Juli ablaufende Grenzsperre wenigstens für den Bezirk Aachen bis 15. August verlängert.

Auch ein Verurteilungsgrund

Das französische Militärgericht in Witten verurteilte die Frau des Hüttendirektors Rochel aus Witten zu fünf Millionen Mark Geldstrafe, weil sie eine ihr durch die Post zugegangene Zeitung, deren Erscheinen von den Franzosen verboten war, angenommen hatte. Das Revisionsgericht in Düsseldorf bestätigte das Urteil.

Systematische Beschlagnahme von Geldtransporten

Alle den Besatzungstruppen bekannt werdenden Geldtransporte der Reichsbank zu Auszahlungszwecken werden in Zukunft beschlagnahmt. Den Angebern von Geldtransporten werden 5—10% Provision versprochen.

Bei der Oeffnung des Tresors der Reichsbankstelle in Mainz wurden von den Franzosen 720 Mark in Gold, 16 346 Mark in Silber und 20 Milliarden in Papier beschlagnahmt.

Forderung von Wohnungseinrichtungen

In dem Bereich der 40. Division haben die Franzosen bis zum 5. August folgende Lieferungen von Wohnungseinrichtungen gefordert: in Gelsenkirchen 100 Einrichtungen, in Herne 50, in Recklinghausen 40, in Wanne 30, in Herten 10, Witten 15, Westerholt 5, in Waltrop 5 und Hörde 200.

Der elsaß-lothringische Selbstbehauptungskampf

Die Franzosen haben durch das Verbot der neuen altelsaß-lothringischen Monatsschrift „Elsaß-Lothringen" („Heimatstimmen" Berlin W. 30) vor kurzem einen neuen Beweis dafür erbracht, daß sie unter der „Befreiung" der Elsaß-Lothringer die restlose rasche Ausrottung der geschichtlich gewachsenen Eigenart dieser deutschen Stämme verstehen, daß ihnen die Lande am Oberrhein nichts anderes bedeuten als den festen gesicherten Ausgangs- und Stützpunkt der neuen Rheinbeherrschungspläne.

Das eben erschienene Juliheft der genannten Zeitschrift bringt aus der Feder des Herausgebers Dr. Robert Ernst eine zielsichere Darlegung, wie sich diesen Plänen gegenüber heute Elsaß-Lothringen darstellt und wie seine Lage ist, wenn man die Kräfte richtig abwägt. Dr. Ernst geht dabei von der vernichtenden Kritik aus, die Eduard Blocher in den „Schweizerischen Monatsheften für Politik und Kultur" über den französischen Nationalismus gefällt hat. Dem Pariser Chauvinismus steht der elsässisch-deutschlothringische Heimatgedanke gegenüber. Mit vollem Recht erhebt Dr. Ernst gegen die heute maßgebenden Männer Elsaß-Lothringens den Vorwurf, daß sie den Kampf ihres Volkstums gegen die Anmaßungen und Ansprüche des Franzosentums „stets in Form von Rückzugsgefechten geführt haben", daß sie von „vorübergehend notwendiger Beibehaltung der deutschen Sprache in Schule und Verwaltung" sprechen, „anstatt der Wahrheit die Ehre zu geben und für ihren Volksstamm mit berechtigtem Stolz freie Entfaltung seiner Art seines Volkstums zu fordern."

Wenn Ernst sich in seinem Aufsatze dagegen verwahrt, daß man ihm sein Elsässertum absprechen will, und wenn er in diesem Zusammenhang auf seine altelsässische Abstammung hinweist, so ist dies durchaus im Interesse der Sache gelegen. Es geht nicht an, daß man unerwidert die Anwürfe selbst eines „Journal d'Alsace" hinnimmt. Wenn dieses Franzosenblatt stets nur von „Le Boche Ernst" spricht, so soll ja damit die „Sache" getroffen werden, eben der Kampf um das unveräußerbare Recht des Elsaß-Lothringertums. Auch dem elsaß-lothringischen Autonomisten Ley, der in Straßburg im Untersuchungsgefängnis sitzt, machen die gleichen Kreise den Vorwurf, er vertrete nicht elsässische, sondern deutsche Interessen. Darum die Anklage des „Hochverrats" gegen Ley und gegen alle, denen der November 1918 nicht die endgültige Lösung der elsaß-lothringischen Frage bedeutet. „Das elsässische Volk hat sein Schicksal nicht selbst bestimmt und so ist ein Mann wie Ley kein Hochverräter. Unser Volksstamm ist wie eine Figur auf dem Schachbrett verschoben worden! Daß Frankreich eine Volksabstimmung verhindert hat, beleuchtet seine Ziele. Nicht um Menschenrechte hat Frankreich gekämpft, sondern um Baden und Macht."

Zwei weitere größere Beiträge des erwähnten Juliheftes seien hier kurz genannt: „Eine neutrale Republik Elsaß-Lothringen. Eine Chimäre?" von A. Gilg (Als Erwiderung auf eine Reihe von Aufsätzen der oberelsässischen Zeitung „Le Démocrate" geschrieben) und „In den Bergen der elsässischen Eidgenossen" von E. Grucker (ein stimmungsreicher Rückblick auf die trotzigen Kämpfe der Münsteriäler um ihr Verbleiben beim Reich).

Verdreifachung der englischen Luftstreitkräfte

Die englische Regierung beabsichtigt, in finanzieller Unterstützung großer Konzerne, Riesenluftschiffe zu bauen. Die Ausdehnung des britischen Luftdienstes ist bis Australien gedacht. Die Eröffnung soll ohne Rücksicht auf die schwebenden politischen Fragen aufgenommen werden. Außer diesen gigantischen Plänen ist eine Verdreifachung der englischen Luftstreitmacht in Aussicht genommen. Die Handelsluftschiffahrt soll in Verbindung mit der Kriegsluftschiffahrt gebracht werden. Einstweilen erhalten 80 Flugzeugführer eine moderne Kriegsausbildung. Man hofft, bald über 1000 mit den neuesten Errungenschaften betraute Piloten verfügen zu können.

Zum Fall Ehrhardt

wird jetzt eine amtliche Darstellung gegeben, in der die Reichsregierung darauf hinweist, daß sie sich in gewissenhafter Achtung der Gesetze jeglichen Eingreifens in das schwebende gerichtliche Verfahren gegen Ehrhardt enthalten habe. Der Präsident des Staatsgerichtshofs sei im Rahmen der ihm gesetzlich zustehenden Befugnisse geblieben. Mit Recht habe er den Versuch eines sächsischen Regierungsvertreters ihn zur Rede zu stellen, als Eingriff in seine richterliche Unabhängigkeit zurückgewiesen. Der sächsischen Gefängnisverwaltung sei es stets unangenehm gewesen, mit Anregungen an den Präsidenten des Staatsgerichtshofs heranzutreten, da sie der Meinung war, daß die Anordnungen des zuständigen Richters die Sicherung des Gewahrsams gefährden könnte. Jedenfalls hätte sie der Ueberwachung des Gefangenen die nötige Aufmerksamkeit widmen müssen. Das sei nicht geschehen. Nur so konnte die Flucht Ehrhardts gelingen.

Der Vorwärts drückt diese Erklärung des Reichsjustizministers Dr. Heinze mit der kurzen Bemerkung ab, daß er sich in anderem Zusammenhang dazu äußern werde. Wahrscheinlich will man erst neue Informationen aus der Umgebung des sächsischen Kabinetts abwarten, von dem, wie vermutet wird, jene Angriffe ausgegangen sind. Wir möchten im übrigen der Vossischen Ztg. beistimmen, die schreibt, es ist ein wenig erfreuliches Schauspiel, wie jede Behörde ihre eigenen Beamten und Richter zu decken und nach Möglichkeit die Schuld dem anderen Teil zuzuschieben sucht.

Prozeßtermine

Die Voruntersuchung in dem Verfahren gegen die Organisation Consul wird voraussichtlich in der dritten Woche des August abgeschlossen werden. — Das Verfahren gegen Roßbach kann noch nicht abgeschlossen werden, da sich Roßbach auf das Zeugnis gewisser Personen beruft, über deren Vernehmung keine Entscheidung getroffen ist.

* * *

[·] **Berlin, 26. Juli.** (Von uns. Berl. Büro.) Die Beschwerde des deutschvölkischen Reichstagsabg. Wulle, daß Roßbach seit der Flucht Ehrhardts besonderen Belästigungen und Beschränkungen unterworfen sei, ist an den Oberreichsanwalt weitergegeben worden, der sich mit dem Untersuchungsrichter in Verbindung setzen wird.

Letzte Meldungen

Das Goldland Amerika

London, 26. Juli. Auf eine Anfrage im Unterhause erklärte der Vertreter des Schatzamtes, nach den vorliegenden Statistiken befänden sich in den Vereinigten Staaten 45 Prozent der gesamten Goldvorräte der Welt.

München, 26. Juli. Der Leiter der Tierzuchtabteilung des bayerischen Landwirtschaftsministeriums hat im Landtag die fast unglaublich klingende Mitteilung gemacht, daß heute in Bayern auf 600 Einwohner und auf 300 Stück Vieh ein Viehhändler trifft, obwohl die Gebühr für eine Viehaufkaufkarte gegenwärtig eine Million Mark beträgt.

*

* **1848-Ausstellung in Berlin.** Der Berliner Magistrat hat beschlossen, zur Erinnerung an die Märzrevolution von 1848 im märkischen Museum eine Ausstellung zu veranstalten, die am Verfassungstage, dem 11. August eröffnet werden soll; die Ausstellung wird an Hand von amtlichen Bekanntmachungen, Zeitungsausschnitten, Handschriften, Karten, Zeugnissen aus Akten und bildlichen Darstellungen einen Ueberblick über die bedeutendsten Ereignisse des Jahres 1848 geben.

Städtische Nachrichten

Aufhebung der Rheinbrückensperre

Geöffnet von morgens 5 Uhr bis abends 9 Uhr.

Heute früh 5 Uhr wurde die Sperre über die Rheinbrücke wieder aufgehoben. Die Brücke ist vom heutigen Tage ab während der Zeit von 5 Uhr morgens bis 9 Uhr abends für Fußgänger, Radfahrer, Handwagen und Fuhrwerke, soweit sie im Besitz von gültigen Brückenpässen sind, wieder geöffnet.

Neue ungeheure Gebührenerhöhungen

Der gemischte beschließende Ausschuß hat sich in seiner am Dienstag abgehaltenen Sitzung gezwungen gesehen, Gebührenerhöhungen zuzustimmen, die alles bisher auf diesem Gebiet Dagewesene in den Schatten stellen. Ueber die Beschlüsse liegt uns folgender stadtamtliche Bericht vor:

Wasser 49 200 Proz., Gas 8505 M, Lichtstrom 21 600 M, Kraftstrom 13 680 M

Seit der letzten Festsetzung der Preise für Wasser, Gas und Strom am 23. Juni ist eine ganz außerordentliche Erhöhung aller Aufwendungen der städtischen Werke eingetreten. So kostet seit 17. Juli die Tonne niederschlesischer Kohle frei Mannheim für das Wasserwerk 2 060 000 M, für das Gaswerk 1 850 000 Mark, für das Elektrizitätswerk 2 032 000 M, also zum Teil mehr als das Vierfache der Kohlenpreise, die der Tarifsetzung vom 23. Juni zugrunde lagen. Dabei muß aber noch berücksichtigt werden, daß die Werke gezwungen sind, die Hälfte ihres Bedarfs in viel teureren Auslandskohlen zu decken. Auch die Materialpreise, Gehälter und Löhne sind seither um das Vierfache gestiegen. Bei der durch diese enorme Verteuerung des Betriebs den Werken erwachsenden Mehrbelastung ist eine bedeutende Erhöhung der Preise für Wasser, Gas und Strom unvermeidlich. Auf Grund der Kohlenpreise vom 17. Juli würde sich unter Berücksichtigung des Umstandes, daß der hälftige Kohlenbedarf in Auslandskohlen bezogen wird, eine Wassermindestgebühr von 53 400 Proz., ein Gaspreis von 7800 M, ein Lichtstrompreis von 20 700 M ergeben. Da aber die Preisbewegung offensichtlich noch nicht abgeschlossen ist, die Kohlenpreise nach einer ausdrücklichen Mitteilung der Preisstelle nur für einige Tage Geltung haben, und ferner die Ablesung des Verbrauchs für Juli und August gemeinschaftlich und zwar erst ab 25. August erfolgt, ist die endgültige Festsetzung der Julpreise für Gas und Strom und des Augustpreises für Wasser heute noch nicht möglich; es muß daher zur Deckung der gewaltigen Kostenvermehrung einstweilen auf die zugestellte Rechnung für Juli/August (roter Druck) ein Zuschlag von 200 Prozent erhoben werden, sodaß der Verbraucher diese rote Rechnung in dreifacher Höhe ihrer Gesamtsumme zu bezahlen hat; damit wird auch die sogenannte Vorauszahlung im dreifachen Betrag erhoben, sodaß die Leistung im ganzen beträgt: für Wasser 49 200 Proz., für Gas 8505 M für den Kubikmeter, für Lichtstrom 21 600 M für die Kilowattstunde, für Kraftstrom 13 680 Mark für die Kilowattstunde. Die sogenannte Vorauszahlung ist damit aber keineswegs nicht im vollen Betrage geleistet und muß daher später ausgeglichen werden. Die Entrichtung des dreifachen Betrages dieser „roten Restmarg" stellt noch keine endgültige Zahlung dar, vielmehr erfolgt mit der nächsten Rechnung die endgültige Festlegung der Zahlungsverpflichtung bzw. Ausgleichung zwischen dem bezahlten und dem endgültig geschuldeten Betrag.

Kanalgebühren 102 Proz., Müllabfuhrgebühren 162 Proz., Straßenreinigungsgebühren 144 Proz. des Steuerwerts

Seit der letzten am 27. Juni 1923 erfolgten Festsetzung der Gebühren für die Kanalbenützung, Müllabfuhr u. Straßenreinigung haben sich die Betriebskosten aufs neue in bedeutender Weise verteuert, teils wegen Erhöhung der Löhne und Gehälter, teils wegen der weiter fortgeschrittenen Preissteigerung für die notwendigen Materialien. Gemäß dem von den städtischen Kollegien gefaßten Beschluß, wonach die Kosten der vorgenannten Betriebe durch die Gebühren der Nutzungsberechtigten ihre volle Deckung finden müssen, war daher eine Anpassung des Tarifs an die Selbstkosten — soweit sie jetzt schon für die Zeit bis 1. August zu übersehen sind — unvermeidlich. Es wird auf diese Weise eine Erhöhung der Gebühren mit Wirkung vom 1. August 1923 wie folgt notwendig:

a) bei den Kanalgebühren von monatlich 34 Proz. auf 102 Proz. des Steuerwerts (bei Anschlüssen ohne Fäkalienableitung von 26 Proz. auf 78 Proz. des Steuerwerts);

b) bei den Müllabfuhrgebühren von 54 Proz. auf 162 Proz. des Steuerwerts;

c) bei den Straßenreinigungsgebühren von 48 Proz. auf 144 Proz. des Steuerwerts.

Nimm das Leben in den Arm wie eine Braut,
Sei dem heißen Leben selig angetraut.
Denke, daß Frau und Bräute bei allen Gaben
Ihre Fehler, kleine, wie große haben.

* * *

Mannheimer Kammerspiele

„Die Frau des Kommandanten"

Drei Akte von Fritz Droop

Um es gleich vorwegzunehmen: Fritz Droop errang mit seiner neuen Bühnendichtung, die gestern von den Rudolstädtern im Apollotheater aufgeführt wurde, einen ehrlichen Erfolg. Die Stärke von Fritz Droops Bühnendichtungen sind der Gedankenreichtum und vor allem die schöne kultivierte Sprache, die wohltuend absticht von den gesuchten Wortbildungen und dem Gestammel der Uebermodernen. Die Handlung, die Vorgänge selbst treten mehr, — mitunter allzuviel — in den Hintergrund, sie sind, wie der Vortragende, der die in den Geist der Dichtung einführenden Worte sprach, betonte, mehr das Gerüst der in den Personen verkörperten Ideen und Charaktere. Der an Handlung, an Geschehen reichste Akt, der dritte, ist zugleich der bühnenwirksamste. Fritz Droop ist weder Expressionist, noch huldigt er dem Realismus; er ringt nach einer neuen Form des Dramas, nach Gestaltung der reinen Menschheitsideen. Die handelnden Personen sind Vertreter von Ideen, von Charakteren, problematische Naturen, die dem, was den Menschen oft nur im Unterbewußtsein bewegt, Worte und Ausdruck verleihen.

Fritz Droop neueste Bühnendichtung spielt zur Zeit des Weltkrieges, sie ist jedoch nicht an die Zeit gebunden, ebenso wie die hohen Menschheitsideale, deren Verkünder Fritz Droop ist, Kultur, Zivilisation, Völkerversöhnung, wahre Liebe der Menschen zum Menschen, der Frau zum Mann, Pflichtbewußtsein, Verantwortungsgefühl über die Zeit erhaben sind. Der Dichter verbindet immer wieder die Mahnung, die in unserer jetzigen Zeit nicht oft genug verkündet werden kann, daß die Menschen das sie Einigende suchen und sich nicht über das wenige Trennende gegenseitig zerfleischen sollen.

„Ich teile die Menschen nicht ein nach Rassen, sondern ich kenne nur Gebildete und Ungebildete", so etwa läßt Fritz Droop den Kommandanten der feindlichen Festung sprechen, in die ein deutscher Hauptmann als Gefangener unter dem falschen Verdacht, ein Spion zu sein, eingeliefert wird. Die Frau des Kommandanten, die sich von ihrem Manne unverstanden glaubt, in ihrem ungezügelten Lebens- und Liebeshunger, weil sie ihrem Manne, dem die Berufspflicht oberstes Gebot ist, nicht Kameradin geworden ist, kapriziert sich darauf, eine Nacht in der Zelle mit dem Gefangenen zu verbringen, seine Sinnesglut zu entflammen und ihn dann zu demütigen. Um aber nachts in die Zelle gelangen zu können, bedarf sie der Hilfe des wachhabenden Offiziers von Dienst, den sie mit allen Künsten weiblicher List mit dem Versprechen, seine Geliebte zu werden, für ihren Plan gewinnt. Sie tritt in die Zelle des Gefangenen, der durch die Ränke des sadistisch rachsüchtigen Feindes, des Offiziers vom Dienst als Spion zum Tod verurteilt ist, als der Deutsche in Gedanken bei Weib und Kind weilt. Ihr Liebeswerben, ihr Buhlen um seine Liebe weist der Gefangene standhaft zurück, auch die verlockende Aussicht auf Befreiung vermag ihn nicht wankend zu machen. Nicht aus den Armen einer anderen, der Feindin, will er in die Arme seiner geliebten Frau zurückkehren.

Ueberwältigt durch die Seelengröße des Gefangenen, geläutert durch den Gedanken an ihre Mitschwester, die Mutter ist, bietet die Frau des Kommandaten dem Gefangenen die Freiheit bedingungslos an, da nähern sich die Schritte des wachthabenden Offiziers vom Dienst, schnell verbirgt die Frau den Gefangenen in einem Nebenraum; der wachthabende Offizier glaubt den Gefangenen entflohen und verlangt von der Frau das Einlösen ihres Versprechens. Der Gefangene, der den Vorgang mit angehört hat, stellt sich seinem Gegner und befreit die Frau aus dessen Händen, als der Kommandant in der Zelle erscheint; der erblickt die Schlüssel in den Händen des Gefangenen, erkennt die Situation und löst das Versprechen ein, das seine Frau durch die Dazwischenkunft des wachthabenden Offiziers nicht einlösen konnte und gibt dem Deutschen die Freiheit. Gerührt von der Güte und dem Edelmut ihres Mannes, der durch sie in dem Feinde den Menschen sieht und ihm gegenüber nicht die Pflichten der Menschlichkeit vergißt, wirft sich ihm die Frau zu Füßen, fleht um seine Liebe und seine Achtung, enthüllt ihm ihre innerste Sehnsucht, die Sehnsucht nach dem Kinde, den Wunsch, Mutter zu sein. Und mit dem Versprechen, die Brücke der Verständigung zu suchen zwischen sich und ihr, stellt sich der Kommandant selbst dem Kriegsgericht, um für die tragische Schuld seiner Frau zu büßen.

Die Aufführung des Dramas steht und fällt mit der Darstellung der Trägerin der Titelrolle. Der Dichter hat in Adelheid Leux eine Interpretin gefunden, wie er sie sich nicht besser wünschen konnte; sie hat das Ihre zum Erfolg beigetragen. Sie stattete die Frau des Kommandanten mit so vielen feinen Nuancen eines liebenden, lebensdurstigen Weibes aus, spielte mit so viel Natürlichkeit und mit so feinem psychologischem Verständnis, daß sie über ihre Rolle hinauswuchs; es war eine hervorragende, abgerundete künstlerische Leistung, die einen ungetrübten ästhetischen Genuß gewährte. Ein ebenbürtiger Partner war ihr Carl M. Jacoby, der als Kommandant der Festung erneut seine hohe künstlerische Qualität bewies. Auch Karlheinz Worth bot eine gute Leistung, wenn er auch in den Monologen vielfach nur schwer verständlich war. Die Rolle des wachhabenden Offiziers war bei Martin Knapfel in guten Händen. Die übrigen Darsteller bemühten sich nach besten Kräften um den Erfolg. Intendant Erwin Hahn hat das Stück mit außerordentlicher Sorgfalt und Liebe einstudiert und schuf durch einfache, aber sehr wirksame Bühnenbilder einen künstlerisch schönen äußeren Rahmen.

Der Beifall des gut besetzten Hauses steigerte sich von Akt zu Akt. Der Dichter, die Hauptdarsteller: Adelheid Leux, Carl M. Jacoby und Intendant Erwin Hahn, wurden nach dem Schluß wiederholt gerufen. (m)

Kunst und Wissenschaft

⊙ **Hochschulnachrichten.** Professor Gotthelf Bergsträßer in Breslau hat den an ihn ergangenen Ruf auf das Ordinariat der semitischen Philologie in Heidelberg als Nachfolger Carl Bezolds angenommen. — Als Nachfolger des Geheimrats Schütte auf den Lehrstuhl für Schiffstheorie und das Entwerfen von Schiffen der Techn. Hochschule Danzig ist Franz Werner in Wilhelmshaven, Ehrendoktor der Techn. Hochschule in Danzig, berufen worden.

⊙ **Kleine Mitteilungen.** Im Staatshaushaltsausschuß des bayerischen Landtags wurden 2,4 Milliarden Mark für das Deutsche Museum in München bewilligt. Interessant ist, daß der Vertreter der Regierung mitteilte, daß auch das Reich eine Milliarde Mark für das Deutsche Museum flüssig machen wird. — Generalleutnant a. D. Exzellenz Heino v. Basedow in Dessau begann nach Beendigung des Weltkrieges mit dem Studium der Kunstgeschichte, da er sich, damals 61jährig, noch nicht zur Ruhe setzen wollte. Er studierte acht Semester an den Universitäten Marburg, Heidelberg, München und Berlin und promovierte jetzt an der Universität Halle a. d. S. zum Dr. phil. Basedows Großvater war der bekannte Pädagoge Johann Bernhard Basedow in Dessau. — Zum Gedächtnis Johann Christian Günthers, des großen Lyrikers, der vor 200 Jahren in Jena verstarb, soll jetzt auf seinem Grabe in Jena eine Gedenktafel angebracht werden. Die Tafel, die von den schlesischen Güntherfreunden gestiftet worden ist, wird, da das Grab von Günther nicht genau festzustellen ist, auf dem vermutlichen Grabfelde auf dem alten Jenaer Friedhof Aufstellung finden. Eine Gedächtnisfeier für Günther, bei welcher Geheimrat Prof. Dr. Michels die Gedächtnisrede hält, wird damit verbunden. — Dr. Stoll, der Leiter der geophysischen Station bei Quade Hook in der Nähe der Königsbucht, Westküste von Spitzbergen, ist dort gestorben und wurde unter einer ergreifenden Trauerfeier auf dem Kirchhof der norwegischen Bergwerkskolonie an der Königsbucht begraben. Das Bergwerk hatte aus diesem Anlaß den Betrieb ruhen lassen. Dr. Stoll, der aus Deutschland stammte, leitete die von Norwegen errichtete geophysische Station schon einige Jahre hindurch seit der Errichtung und hat eine wertvolle wissenschaftliche Arbeit ausgeführt.

MARCHIVUM

Sitzung des Bürgerausschusses

am Mittwoch, 25. Juli 1923

Kommunist Ritter erhält zwei Ordnungsrufe — Betriebsüberschüsse der Gas- und Elektrizitätswerke — Erhöhung der Feuersicherheit des Nationaltheaters — Vertagung der Voranschlagsberatungen auf unbestimmte Zeit

Der Bürgerausschuß hat, obwohl er bis um halb 9 Uhr tagte, die Beratung des Voranschlags für 1923 nicht zu Ende führen können. Bei Titel 19: „Wasserbauten und Wasserwehr" mußte abgebrochen werden. 14 Titel sind noch zu erledigen. Der Oberbürgermeister hätte gern die Beratung zu Ende geführt, aber schließlich lichteten sich die Reihen so stark, daß er dem Vorschlag des Stv.-V. Schnell nachgab und die Verhandlungen auf unbestimmte Zeit vertagte. Man wird erst wieder in einigen Wochen zusammenkommen können, weil, wenn der Urlaubsplan eingehalten werden soll, nicht alle Referenten in den nächsten Tagen zur Stelle sein können.

Ueber den Verlauf der Sitzung, die wider Erwarten sehr ruhig verlaufen ist, orientiert der nachfolgende Bericht. Oberbürgermeister Dr. Kutzer kam vor Eintritt in die Tagesordnung auf den Zwischenfall zurück, der am 13. Juli zum Abbruch der Verhandlungen führte. Der Kommunist Ritter, der durch sein unverantwortliches Gerede den Zwischenfall verschuldet hatte, erhielt für sein geschäftsordnungswidriges Verhalten nachträglich einen Ordnungsruf, während sich der Oberbürgermeister bezüglich des Stv. Moses aufgrund einer von der Fraktion der Deutschen Volkspartei abgegebenen schriftlichen Erklärung auf die Rüge beschränkte, die er Herrn Moses in der letzten Sitzung sofort erteilt hatte. Als Stv. Ritter daraufhin dem Oberbürgermeister vorwarf, daß er die Geschäftsordnung einseitig handhabe, erhielt er noch einen Ordnungsruf. Das geschickte Manövrieren des Vorsitzenden hat wesentlich dazu beigetragen, daß mit der Erteilung dieses zweiten Ordnungsrufs der Zwischenfalls endgültig erledigt war, sodaß in die Verhandlungen eingetreten werden konnte.

Bei den beiden Vorlagen, die vor der Weiterberatung des Voranschlags zu erledigen waren, hielt man sich nicht allzulange auf. Gegen die vorgeschlagene Verwendung der im Jahre 1922 vom Gas- und Elektrizitätswerk erzielten Betriebsüberschüsse stimmte nur die Fraktion der Deutschen Volkspartei. Die Gründe, die Stv. Moses zur Begründung der Ablehnung vorbrachte, waren durchaus einleuchtend. Die zur Erhöhung der Feuersicherheit im Nationaltheater vorgeschlagenen Maßnahmen und Mittel wurden einstimmig gutgeheißen. Während der Weiterberatung des Voranschlags ergriffen die Vertreter der Deutschen Volkspartei wiederholt das Wort, um Wünsche und Anregungen vorzubringen. Auf fruchtbaren Boden fiel erfreulicherweise die Forderung von 20 Mill. Mark zur Erhaltung der Bernhard Kahn-Lesehalle. Sch.

Sitzungsbericht

Oberbürgermeister Dr. Kutzer eröffnet um 4.20 Uhr die beschlußfähige Sitzung mit folgenden Ausführungen: Der Schluß der letzten Sitzung war nicht beabsichtigt. Der Stadtv. Ritter hat auf mein Verlangen, zur Sache zu sprechen, gleichwohl seine Rede fortgesetzt. Es gab infolgedessen für mich kein anderes Mittel, als die Sitzung zu unterbrechen, bezw. zu schließen. Es ist natürlich nicht angängig, daß ein Mitglied des Bürgerausschusses, wenn es vom Vorsitzenden darauf aufmerksam gemacht wird, daß etwas nicht zulässig sei — ob die Ausführungen richtig waren oder nicht, will ich dahingestellt sein lassen —, sich einfach nicht daran stört und fortfährt. Jeder Stadtverordnete hat nach der Geschäftsordnung das Mittel, den Haus anzurufen. Ich muß also dem Stadtv. Ritter wegen gänzlich geschäftsordnungswidrigen Verhaltens einen Ordnungsruf erteilen. (Zuruf von kommunistischer Seite: Da waren Sie doch schuld daran!) Ich bin darauf aufmerksam gemacht worden, daß der Stadtv. Moses die kommunistische Fraktion in einer Weise angegriffen hätte, daß dadurch die Aeußerungen des Stadtv. Ritter herausgefordert worden seien. (Zuruf von kommunistischer Seite: Das haben Sie nicht gehört?) Ich habe damals schon den Ausdruck gemein des Stadtv. Moses gerügt. Es ist nach dem mir vorliegenden Stenogramm an den Ausdruck noch etwas hinzugefügt worden, was ich allerdings nicht gehört habe, was auch Nachbarn nicht gehört haben. Es heißt in dem Stenogramm: Der Stadtv. Moses verbittet es sich, daß in einer derartig gemeinen Art und Weise über die Einwohnerschaft Mannheims hergefallen wird von einer Gruppe, die mit Vaterlandsverrat umgeht. Würden diese Worte gesprochen worden sein, dann wäre es selbstverständlich notwendig, dem Stadtv. Moses einen Ordnungsruf zu erteilen, denn es geht nicht an, daß man von Mitgliedern des Bürgerausschusses sagt, sie gingen auf Landesverrat aus. Ich habe von der Rathausfraktion der Deutschen Volkspartei unterzeichnet vom Vorsitzenden Moses, folgende Zuschrift erhalten:

Sehr verehrter Herr Oberbürgermeister!

Die ergebenstunterzeichnete Fraktion beehrt sich, Ihnen ergebenst mitzuteilen:

Im Protokoll der Bürgerausschußsitzung vom Freitag, 13. Juli befinden sich einige Fehler. Der empfindlichste Mangel besteht darin, daß die Ausführungen des Stadtv. Moses teilweise ungenau niedergelegt sind. Vor allem ist die im Protokoll angeführte Tatsache, daß Stadtv. Moses seine Ausführungen auf eine „Gruppe" bezogen hat, dem Inhalt und der Form nach insoweit unrichtig, daß Herr Moses das Wort „Gruppe" nicht gebraucht hat.

Die Ausführungen des Herrn Moses geschahen nicht spontan und waren wohl überlegt. Darum beschäftigte sich Herr Moses zuerst mit der Rede des Herrn Stadtverordneten Ritter, leitete aber dann auf die „Arbeiterzeitung" über und betonte zum Schlusse, er verwahre sich dagegen, daß dieser verhetzende und gemeine Ton einer Presse, deren Inhalt Landesverrat darstelle, in den Bürgerausschuß getragen werde.

Unserer Auffassung nach wird sich aus der stenographischen Niederschrift des Protokolls nachweisen lassen, daß das im Protokoll als „Gruppe" wiedergegebene Wort im Stenogramm als das Wort „Presse" niedergeschrieben war. Womit dann aufgeklärt wäre, was allein der Absicht des Redners entsprach, daß Stadtv. Moses zu den die Kritik herausfordernden Ausführungen des Stadtv. Ritter eine geschäftsordnungsmäßig zulässige rein sachliche Stellung einnahm und sich jedes Angriffs auf die Person des Herrn Stadtv. Ritter und dessen Fraktion enthielt hat.

Ergebenst
Rathausfraktion der Deutschen Volkspartei
Der Vorsitzende. (Unterschrift.)

Nun, meine Damen und Herren, stehen sich dreierlei Feststellungen gegenüber. Ich hatte den Eindruck, als wenn in der Tat die Ausführungen des Herrn Moses sich bezogen hätten auf die Zeitung. Andere hatten den Eindruck, als wenn diese Ausführungen sich bezogen hätten auf die Fraktion. Das Stenogramm enthält eigentlich das Wort Gruppe. Nun meine ich aber, in solchen Fällen müßte die Erklärung desjenigen, der die Erklärung abgegeben hat, daß er nicht die Absicht hatte, den Stadtv. Ritter und seine Gruppe anzugreifen, für uns maßgebend sein. Jedenfalls erhellt aus diesem Schreiben, daß die Absicht, die kommunistische Gruppe und die Person des Stadtv. Ritter anzugreifen, nicht bestand. Ich sehe deshalb keine Notwendigkeit, dem Herrn Moses nachträglich einen Ordnungsruf zu erteilen. Ich möchte aber in diesem Zusammenhang bitten, die Geschäftsordnung etwas strenger einzuhalten. Ich bitte nicht zu vergessen, daß wir kein gesetzgebendes Parlament, sondern nur ein Verwaltungsorgan bezw. das Organ einer städt. Verwaltung sind. Nun gebe ich gern zu, daß man zu einer Sache polemisch sprechen kann, indem man die Ansicht, die man nicht hat, angreift. Das läßt sich bei den Ausführungen, die hier gemacht werden, nicht vermeiden, namentlich wenn die Anschauungen sehr auseinandergehen. Es ist auch im weitesten Umfange zugelassen, daß man bei der Erwiderung zu widerlegen sucht. Aber man müßte hier nicht mit Grundprinzipien, mit Maximen anfangen, die vielleicht für die hohe Politik einflußreich sind, aber für uns nicht in Betracht kommen, weil wir mit gegebenen Verhältnissen regieren müssen. Wenn man sich darnach richtet, werden derartig scharfe Ausfälle, wie sie in der letzten Sitzung von rechts und links gemacht worden sind, unterlassen werden.

Stv. Ritter: Die kommunistische Fraktion war der Auffassung, daß aufgrund des Auftritts in der letzten Sitzung der Oberbürgermeister den Verursacher der Szene mindestens in die Schranken hätte zurückweisen müssen, damit dergleichen Szenen nicht mehr vorkommen. Einwandfrei steht fest, daß der Auftritt nur stattfinden konnte aufgrund des Auftretens des Stv. Moses. Da aber nach der Erklärung des Oberbürgermeisters feststeht, daß er den Stv. Moses nicht in die Schranken zurückweist, müssen wir feststellen, daß er dabei zum Ausdruck gebracht hat, daß er die Geschäftsordnung einseitig handhabt. Für die Zukunft werden wir die Verantwortung ablehnen. — Oberbürgermeister Dr. Kutzer: Sie haben meine Geschäftsordnung als einseitig bezeichnet. Ich muß Sie deswegen zur Ordnung rufen. Damit schließe das Nachspiel zum Zwischenfall. Es wird in die Tagesordnung eingetreten.

Betriebsüberschüsse der städtischen Werke

Stadtv.-V. Juhs begründet die stadträtliche Vorlage, deren Annahme er empfiehlt. Bezüglich des Elektrizitätswerkes stehe der Stadtverordnetenvorstand auf dem Standpunkt, daß in dem Moment, in dem das Großkraftwerk den Betrieb vollständig aufnehme, das städtische Elektrizitätswerk nur noch Reservewerk sein dürfe, das Großkraftwerk infolgedessen dann auch die Verpflichtung habe, die Ausbesserungen usw. auf eigene Kosten ausführen zu lassen.

Stadtv. Moses (Deutsche Volkspartei) bezeichnet Zweck und Inhalt der Vorlage als sehr dunkel. Diese angegebenen Gewinne des Gaswerks und des Elektrizitätswerkes befinden sich zahlenmäßig bereits als Einnahme in dem vorliegenden Voranschlag. Warum hierzu eine besondere Vorlage notwendig ist, bleibt dunkel. Auch die Begründung erhellt die Vorlage nicht, denn vollständig fehlen Angaben über die Höhe der durch die Abnehmer geleisteten Vorauszahlungen. Ebenso fehlen ganz die Einnahmen aus der Benzolherstellung und die Ausgaben für den Neubau des Verwaltungsgebäudes der städtischen Werke. Weiterhin ist zu erwarten, daß in nächster Zeit das Großkraftwerk mit seinem Betrieb beginnen wird. Trotzdem werden für sofortige Verwendung für das Elektrizitätswerk erhebliche Mittel angefordert. Das letztere ist kaum verständlich, hat doch der gemischte beschließende Ausschuß die Milliardenaufwendungen für die Verbindung mit dem Großkraftwerk genehmigt. Da der Fraktion des Redners die Vorlage infolge auf hohe Beträge zu lückenhaft ist, lehnt diese die Vorlage ab. — Stv. Lenel (D. Vp.) steht ebenfalls auf dem Standpunkt, daß über die Benzolgewinnung Auskunft gegeben werden sollte.

Stadtv. Dreifuß (Soz.) ist der Ansicht, daß die Ueberschüsse mit den Vorauszahlungen nichts zu tun hätten. Es wäre nötig, eine genaue Aufstellung über die verschiedenen Ueberschüsse zu erhalten. Es wäre doch praktischer gewesen, die Ueberschüsse den Werken als Betriebskapital zu überlassen, da die Anforderungen heute sehr groß seien. Die Rückstellungen seien in Anbetracht der Geldentwertung zu gering. Aus diesem Grunde wäre es praktischer, die Ueberschüsse dem Werkerhaltungsfonds zuzuführen. — Oberbürgermeister Dr. Kutzer erwidert, die Vorauszahlungen stecken nicht in den Ueberschüssen, da sie als Darlehen zu betrachten seien. Der Ueberschuß der Benzolanlage im Betrage von 41 Millionen Mark aus dem Jahre 1922 sei zur Kostendeckung des Baues des Verwaltungsgebäudes bestimmt worden. Im ersten Vierteljahr 1923 sei dieser Betrag auf das Vierfache gestiegen. Er bittet, nicht der Anregung des Stadtv. Dreifuß stattzugeben und die 208 Millionen Mark der Stadtkasse zuzuführen. — Direktor Pichler bemerkt, durch den Anschluß an das Großkraftwerk werde sich vorläufig kaum etwas ändern. Dies werde erst dann der Fall sein, wenn das Werk voll ausgebaut sei, vielleicht im Januar nächsten Jahres. — Stadtv. Lenel (D. Vp.) ist von der Erklärung des Oberbürgermeisters nicht befriedigt. Man habe das Recht, zu verlangen, daß über die Rentabilität der Werke genaue Auskunft gegeben werde. — Die Abstimmung ergibt die Annahme der Vorlage gegen die Stimmen der Deutschen Volkspartei.

Erhöhung der Feuersicherheit des Nationaltheaters

Bauinspektor Holscher verweist auf die Notwendigkeit der vorgeschlagenen baulichen Veränderungen. — Stadtv. Hahn begründet die Vorlage, die er zur Annahme empfiehlt. — Stadtv. Walther (D. Vp.) bemerkt, daß seine Fraktion der Vorlage zustimme. — Stadtv. Wehner (Soz.) erklärt, daß seine Fraktion der Vorlage ebenfalls zustimme. Allerdings hätte die Aenderung früher schon vorgenommen werden müssen. — Oberbürgermeister Dr. Kutzer weist darauf hin, daß die Kommissionen wegen der hohen Kosten gezögert haben. — Die Vorlage findet einstimmige Annahme.

Weiterberatung des Voranschlages

Hierauf wird in der am 13. Juli abgebrochenen Weiterberatung des Voranschlages bei Titel III, Ertrag und Kosten der Gemeindegrundstücke usw. fortgefahren. Oberbürgermeister Dr. Kutzer teilt mit, daß für die Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerke ein besonderer Voranschlag zu erwarten sei. Stadtv. Mayer-Dinkel (Dem.) wünscht Auskunft über die Verpachtung des städtischen Plakatwesens. Oberbürgermeister Dr. Kutzer bemerkt hierzu, daß noch Verhandlungen schweben. Stadtv. Walther (D. V.) rügt, daß für die Kindergräber Ablösung bezahlt werden muß, trotzdem Umlegung erfolgt ist. Das müßte unterbleiben. Stadtv. Loch (Kom.) ist der Ansicht, daß das Sterben ein Privileg der kapitalkräftigen Klassen sei. Für Minderbemittelte müßte die Feuerbestattung und Beerdigung unentgeltlich erfolgen. — Die Stadtv. Stockert und Mundhaas (Ztr.) nahmen ebenfalls zur Gräberfrage Stellung. Die Kontrolle auf dem Friedhof müßte schärfer durchgeführt werden, damit nicht so viele Diebstähle vorkommen. Stadtv. Stephan (Soz.) ist der Ansicht, daß nicht nur für Minderbemittelte, sondern überhaupt unentgeldliche Beerdigung gewährt werden müsse. — Stadtv. Rehfeld (Soz.) bemerkt, daß man die Beerdigung der geländeten Leichen regeln müsse. — Oberverwaltungsrat Dr. Brehm bemerkt, die Aufsicht über den Hauptfriedhof in verstärkter Weise durchzuführen, sei wegen der hohen Kosten fast undurchführbar. Die Frage der Beerdigung der geländeten Leichen werde geregelt werden. Mannheim tue im Hinblick auf Beerdigungen weit mehr wie viele andere Städte. Die Bestattungsgebühren seien bedeutend niedriger Noch vor kurzem hätten sie ein Viertel des Betrages einer gleich großen Stadt in Norddeutschland ausgemacht. —

Bei Titel VIII „Hauptverwaltung" bemerkt Oberbürgermeister Dr. Kutzer unter Bezugnahme auf die Ausführungen verschiedener Redner, die Abbaukommission sei verschiedene Male zusammengetreten. An einen Abbau sei z. Zt. nicht zu denken. Die Dezentralisation der Verwaltung sei im Gange. — Bei Titel VIIIa

In der Kriegszeit entstandene Aemter

bemängelt Stadtv. Schneider (W. Vgg.) die Steigerung der sachlichen Ausgaben für das Mieteinigungsamt um 32 Millionen auf 48 243 000 Mark. An den Abbau des Mieteinigungsamtes könnte herangetreten werden, weil die von dem Amt behandelten Streitfälle zurückgegangen seien. Es sei befremdend, daß sich die Zahl der Beamten des Amtes von 19 auf 21 vermehrt habe. — Stadtv. Arnold (Soz.) stellt die Anfrage, wie die Stadtverwaltung sich die Versorgung der Bevölkerung mit Hausbrand im kommenden Winter denkt. Die Hausbrandkohle müsse in erhöhtem Maße zugewiesen werden. Die Stadtverwaltung sollte bei der Reichskohlenstelle auf gesteigerte Zuweisung dringen. — Stadtv. Schramm (Ztr.) bemängelt die Zuweisung des Zuckers. Das Brot habe eine Qualität, die direkt gesundheitsschädlich sei. Das Brot sei nichts mehr als ein besserer Kleister. — Stv. Röhnert (W. Vgg.) stellt fest, daß die Rückständigkeit in der Zuckerversorgung nicht, wie der Vorredner meine, auf Streitigkeiten innerhalb der beteiligten Kreise zurückzuführen sei. Verkehrsschwierigkeiten hätten vornehmlich zur Verzögerung beigetragen. Der Zulizucker komme in 8—10 Tagen zur Verteilung. — Frau Stv. Schenk (Kom.) wünscht die Einführung eines Einheitsbrotes. Wenn Weißgebäck nicht mehr hergestellt werde, würde es möglich sein, besseres Markenbrot zu backen. Preisprüfungsstelle und Wucherpolizei seien machtlos. Die Rednerin verlangt strengste Durchführung der Wucherkontrolle unter Zuziehung der arbeitenden Bevölkerung. — Bürgermeister Dr. Walli führt aus, infolge der Erhöhung der Gebühren würden die Mehrausgaben für das Mieteinigungsamt ausgeglichen werden. Die Geschäfte des Mieteinigungsamtes würden nicht ab-, sondern infolge der Erhöhung der Mieten zunehmen. Die schlechte Qualität des Brotes sei in der Hauptsache auf die Besetzung zurückzuführen. Das Brot müsse vornehmlich aus Roggenmehl hergestellt werden. Die Bäcker seien auf die richtige Mischung nicht eingerichtet. Auch die Kohlenversorgung werde auf das empfindlichste durch die Besetzung gestört. Versuche zur Besserung der Versorgung seien unternommen. Die Stadtverwaltung sei um Gewährung eines Milliardenvorschusses zum Einkauf von Hausbrand an die Reichsregierung herangetreten. Die Zulassung von Kontrollpersonen aus den Kreisen der Arbeitnehmerschaft müsse bis zur Durchführung der neuen Wucherpolizeibestimmungen zurückgestellt werden. —Stadtv. Lenel (D.V.) wünscht unter Hinweis auf die jüngste Verkehrssperre schnellere Entlademöglichkeiten. — O.-Bürgermeister Dr. Kutzer verspricht Abhilfe. Die Reichsbahndirektion habe zugesagt, eine Halle zur Entladung zu erstellen.

Bei Titel IX „Bauverwaltungen

bemängelt Stadtv. Müller (Wirtsch. Vg.) die im Verhältnis zu den ausgeführten Bauten viel zu hohe Zahl der Beamten des Hochbauamtes. Hier könne und müsse gespart werden. — Stadtv. Mundhaas (Ztr.) kann nicht verstehen, daß das Bauen in der Kaiserlauterstraße sich so lange hinzieht. — Bauinspektor Hölscher bemerkt, daß das Hochbauamt nicht nur eine Bau-, sondern auch eine Verwaltungsbehörde sei. An einen Abbau sei z. Zt. gar nicht zu denken. Der Redner legt dann die Verwendung der verschiedenen Beamten dar. Das Tätigkeitsfeld des Hochbauamtes sei größer als in Friedenszeiten. Von den im Bau befindlichen Wohnungen werden auf Oktober eine große Anzahl fertig. — Oberbürgermeister Dr. Kutzer begründet ebenfalls die Unmöglichkeit des Abbaues des Personals des Hochbauamts. — Stadtr. Mayer-Dinkel (Dem.) wünscht, man solle die Privatunternehmer veranlassen, einen bestimmten Wohnungstyp schlüsselfertig herzustellen, um zu sehen, ob die Privatunternehmer oder das Hochbauamt billiger arbeiten. — Stadtr. Ludwig (D. V.) unterstützt die Anregung des Stadtv. Mayer-Dinkel. Er ist weiterhin der Ansicht, daß eine wesentliche Ersparnis erzielt werden kann, wenn das Hochbauamt nicht alle Entwürfe für Neubauten selbst ausführt, sondern im Bedarfsfalle eine Konkurrenz unter den hiesigen Privatarchitekten, die unter den wirtschaftlichen Verhältnissen zu leiden haben, veranstaltet.

Bei Titel XI „Polizeikosten"

beklagt sich Stv.-V. Schnell (Komm.) über zu scharfes Vorgehen der Polizeiorgane. — Oberbürgermstr. Dr. Kutzer rügt die scharfen Ausdrücke des Vorredners. Allgemeine Bemerkungen hätten keinen Zweck. Besondere Fälle würden am besten der vorgesetzten Stelle mitgeteilt. — Stadtv. Menth (Deutsche Vp.) führt aus: Es wird allenthalben Klage geführt, daß der Schutz der Polizei nicht genüge, wenn öffentliche Gefahr im Anzuge oder vorhanden ist. Mir scheint es verständlich, daß ein einziger Polizeibeamter es nicht wagt, wenn er sein Leben nicht aufs Spiel setzen will, daß er den drohenden Gefahren fern bleibt. Ehe er Hilfe oder Verstärkung beigerufen hat, ist meistens das Unheil schon geschehen. Wir sehen einen Ausweg in der Ausstattung der Polizei mit eigens hierfür dressierten Hunden. Man kann der Polizei nicht zumuten, Anschaffung und Unterhalt des Hundes, der im öffentlichen Interesse gehalten wird, selbst zu bestreiten. Hier müßte, wie in anderen Städten, den Beamten ein Zuschuß gewährt werden. Unter Position XI sind für Dinge, die uns nicht so wesentlich erscheinen, größere Summen vorgesehen. Wir möchten daher wünschen, daß der Stadtrat unserer Anregung die Aufmerksamkeit schenkt, die wir im Interesse der öffentlichen Sicherheit für notwendig erachten.

Bei Titel XIII „Gemeinde-, Gewerbe- und Kaufmannsgericht" wünscht Stv. Menth (D. Vp.) zeitgemäßen Ersatz der Auslagen der Arbeitgeber-Beisitzer. — Bei Titel XV „Oeffentlicher Arbeitsnachweis" vertritt Stv.-V. Schnell (Komm.) den Standpunkt, daß der Arbeitsnachweis völlig parteilos gestaltet werden müsse. — Stv. Fröhlig (Soz.) wünscht, daß der Arbeitsnachweis der Bäckerinnung in dem allgemeinen Arbeitsnachweis aufgeht. Die wilde Einstellung in den Betrieben müsse noch mehr eingeschränkt werden. — Stv. Frau Schenk (Komm.) fordert, daß den in der Industrie beschäftigt gewesenen Mädchen Arbeitslosenunterstützung gewährt wird. Wenn den arbeitslosen Mädchen angeraten werde, eine Hauswirtschaftsstelle anzunehmen, so müsse darauf erwidert werden, daß mit 50 000 Mark Monatslohn nicht auszukommen sei. — Stadtrat Böltger bittet, ihm die einzelnen Fälle von Verfehlungen des Arbeitsnachweises genau zu melden, damit man sie nachprüfen könne. Er müsse entschieden zurückweisen, daß auf dem Arbeitsamt parteiisch gearbeitet werde. Jeder Beamte halte sich genau an seine dienstlichen Vorschriften. Vetterleswirtschaft dürfe selbstverständlich nicht einreißen. Solange kein Zwang zur Anmeldung der offenen Stellen durch die Arbeitgeber bestehe, könne die Vermittlung außerhalb des Arbeitsamtes nicht ganz vermieden werden.

Stv. Kenzler (Komm.) verliest bei Titel XVI

Schulen

folgenden Antrag seiner Fraktion: „Der Bürgerausschuß wolle beschließen, in allen Volksschulen der Stadt Mannheim obligatorische unentgeldliche Schülerspeisungen einzuführen. Ein Ergänzungsantrag verlangt das gleiche für die Fortbildungsschulen. Der körperliche Zustand der Schüler sei sehr schlimm. — Stv. Frau Rigel (Ztr.) weist darauf hin, welche schlimmen Zustände gerade die Quäkerspeisung in Deutschland ans Tageslicht gefördert habe. Sehr viele Kinder seien unterernährt. Es komme auch daher, daß manche Hausfrauen nicht imstande seien, das Haushaltsgeld wirtschaftlich zu verwerten. Eine obligatorische Schulspeisung liege weder im Sinne der Eltern noch der Kinder. Die Kost im Elternhause schlage immer besser an. Das Mittagsmahl berge auch ethische Werte in sich, die die Massenspeisung nie bieten könne. — Stv. Frau Hauser (Dem.) wünscht, daß alle bedürftigen Kinder Speisung erhalten. — Stv. Frau Schenk (Komm.) beleuchtet die Frage vom kommunistischen Standpunkt. In Rußland habe man für die Kinder lustige Räume. (Lachen im ganzen Hause.) — Stv. Frau Rigel (Ztr.) bemerkt, daß es in allen Schichten Frauen mit und ohne hausfraulicher Befähigung gebe, genau wie es auch unterernährte Kinder in Schichten gebe, wo sie nicht vorkommen sollten. — Stv. Dreifuß (Soz.) gibt Mißstände bei der Zuteilung der Lernmittel zu. Man müsse die Lernmittel allen denen gewähren, die sie verlangen.

Stadtr. Haas (D. Vp.): Stv. Dreifuß hat mit Recht gesagt, daß die Frage der Lernmittelfreiheit den Bürgerausschuß schon lange beschäftigt. Schon vor dem Kriege wurde die Lernmittelfreiheit in durchweg ausreichendem Maße durchgeführt. Wäre es so geblieben, brauchten wir heute keine Diskussion, aber die Zeiten haben sich geändert, die Stadt ringt finanziell schwer, da sie ihr Budget nicht in Ordnung bringen kann. Sie sucht zu sparen, wo sie kann. Es ist der Gedanke aufgetaucht, daß die Eltern, denen es möglich ist, die Lernmittel zu beschaffen, einspringen sollen. Es wurde der Lehrerschaft übertragen,

MARCHIVUM

die Schüler aufzufordern, bei den Eltern die Bereitwilligkeit zu erfragen. Das Geschäft werde von der Lehrerschaft nicht gern übernommen. Sie wusste von vornherein, daß daraus allerhand Reibungen entstehen würden. Tatsächlich ist es so gekommen. Der Redner führte weiter aus, daß es selbstverständlich sei, daß es bei nahezu 1000 Lehrkräften nicht zu vermeiden gewesen sei, daß über das Ziel hinausgeschossen wurde, sodaß manche Eltern gedrängt wurden. Die Stadtverwaltung wolle das nicht. Sie sei maßvoll vorgegangen. Stadtrat Haas meint: Wenn einzelne Fälle vorgekommen sind, so möchte ich bitten, dies nicht in der Oeffentlichkeit breit zu schlagen, sondern an maßgebender Stelle vorzubringen. Die Lehrerschaft habe mit diesem Kapitel manche unliebsame Stunde gehabt und würde das Geschäft gerne wieder abgeben. Man dürfe aber diese Arbeit nicht durch Verallgemeinerungen hemmen. — Oberverwaltungsrat Joepffel stellt fest, daß die Stadtverwaltung die Lernmittelfreiheit solange als möglich aufrecht erhalten will. Es werden statt der eingestellten 250 Millionen mindestens 300 Millionen Mark für diesen Zweck gebraucht werden. 22 Proz. der städtischen Ausgaben sind durch die Eltern gedeckt worden. — Stv. Hertel (Soz.) regt an, den Schularztdienst an den höheren Schulen anzuwenden. — Oberverwaltungsrat Joepffel erwidert, daß die Regierung eine dahingehende Verordnung in Vorbereitung hat. — Stv. Moses (D. Vp.) wünscht einheitliche Beleuchtung (elektrische Glühbirnen) für die Gewerbeschule. — Stadtr. Vogel (Dem.) fordert mehr Schulsäle für die Handelsfortbildungsschule und die Verlegung des Unterrichts auf den Vormittag. — Stv. Menth (D. Vp.) ist ebenfalls der Ansicht, daß der Vormittagsunterricht für die Schüler viel vorteilhafter als der Nachmittagsunterricht ist. Die Unterrichtsräume seien völlig ungenügend. — Stv. Lenel (D. Vp.) unterstützt die Ausführungen der Vorredner im Interesse der Heranbildung eines gesunden, kenntnisreichen Nachwuchses. — Oberverwaltungsrat Joepffel gibt zu, daß der Raummangel bei der Handelsfortbildungsschule besonders groß ist. Die Einführung des Vormittagsunterrichts erfordere aber ein eigenes Gebäude.

Bei Titel XVII „Förderung der Kunst, der Wissenschaft, der Stadtgeschichte, edler Unterhaltung"

bedauert Stv. Menth (D. Vp.) die Aufhebung der Bernhard Kahn-Lesehalle, die die Lesehalle im Herschelbad nicht ersetze. Seine Fraktion habe deshalb den Antrag gestellt, zur Aufrechterhaltung der Bernhard Kahn-Lesehalle dem Verein für Volksbildung 20 Millionen Mk. zur Verfügung zu stellen. — Stadtr. Böttger stellt fest, daß der Stadtverwaltung die Parterreräume der Leschalle vom Verein für Volksbildung zur Abhaltung von Zusammenkünften etc. angeboten wurden. Der Antrag der D. Vp. sollte in der Weise abgeändert werden, daß der Bürgerausschuß sich mit dem Weiterbestand der Lesehalle einverstanden erklärt. — Stadtr. Levi (Soz.) bemerkt, eine hiesige Familie habe sich bereit erklärt, einen wesentlichen Teil der für den Weiterbestand der Lesehalle erforderlichen Summe aus Amerika herbeizuschaffen. — Oberverwaltungsrat Joepffel macht darauf aufmerksam, daß der Bücherbestand der Kahn-Lesehalle so zerlesen ist, daß es sich empfiehlt, die Mittel, die der Stadtrat aufwenden kann, für die anderen beiden Lesehallen zu verwenden. — Oberbürgermeister Dr. Kuhr bemerkt, daß der Stadtrat große Bedenken haben wird, die Lesehalle völlig zu übernehmen. Er schlage vor, die angesichts der veränderten Sachlage noch erforderlichen Mittel aus der allgemeinen Rücklage zu entnehmen. — Stv. Lenel (D. Vp.) steht auf dem Standpunkt, daß für die Aufrechterhaltung der Kahn-Lesehalle die notwendigen Mittel angesichts der Aufwendungen für das Theater vorhanden sein müssen. Der Antrag der Deutschen Volkspartei wird zurückgezogen, nachdem der Oberbürgermeister festgestellt hat, daß im Bürgerausschuß zum Weiterbestehenlassen der Kahn-Lesehalle Geneigtheit besteht.

Stv. Geck (Soz.) tritt für bessere Raumbeschaffung für die von Wicherl geschaffene Gemäldesammlung ein. Man sollte es deshalb dem Kunstverein ermöglichen, seine Absicht, die Kunsthalle zu verlassen, möglichst bald auszuführen. Der Vortragssaal habe sich für die stark besuchten Vorträge des „Freien Bundes" als völlig unzulänglich erwiesen. Er richte deshalb den Appell an das Kollegium, der Stadtverwaltung keine Schwierigkeiten zu bereiten, wenn sie in Bälde zu einer befriedigenden Lösung schreite. — Oberverwaltungsrat Joepffel erwidert, daß die Verlegung des Kunstvereins ins Schloß vorgesehen sei. Zur Verbesserung der Raumverhältnisse für die Vorträge des „Freien Bundes" sei ein Anbau geplant. — Oberbürgermeister Dr. Kuhr meint, es sollte versucht werden, eine Anzahl von Persönlichkeiten zu gewinnen, die bereit seien, entsprechend der Geldentwertung die Bestrebungen der Kunsthalle zu unterstützen.

Gegen halb 9 Uhr werden bei Titel XIX „Wasserbauten und Wasserwehr" die Beratungen abgebrochen und auf unbestimmte Zeit vertagt.

---

* **Die Reichsindexziffer.** Die Steigerung der Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten beträgt gegenüber der Vorwoche 36,1 Prozent. Sie stellte sich für den 23. Juli auf 39 336 gegenüber 28 892 in der letzten Woche.

* **Von der Schwarzwaldbahn.** Der Verkehr auf der Schwarzwaldbahn wird vom 26. Juli ab wieder bis und ab Offenburg durchgeführt.

** **Vom Hauptmarkt.** Heute früh kurz nach 7 Uhr bildeten sich auf dem Hauptmarkt Ansammlungen von Menschen, die durch die anhaltende Kartoffelknappheit hervorgerufen wurden. Die Leute standen schon seit 6 Uhr auf dem Markt, um Kartoffeln zu kaufen. Die Zufuhr in diesem begehrten Artikel war jedoch wieder so gering, daß nur ein kleiner Teil der Verbraucher befriedigt werden konnte. Erregung herrschte auch darüber, daß ein großer Prozentsatz der zugeführten Marktware aufgekauft und sofort vom Markt weggefahren wurde. Der bekannte Gurkenzüchter Stark-Edingen hatte 5 Stück Monstregurken gebracht, von denen jede 5 Pfund wog und über 50 bis 60 Zentimeter lang waren. Auch diese Ware wurde sofort für das Ladengeschäft aufgekauft.

* **Die Verhandlungen über die Angestelltengehälter.** Die gestern zwischen den Arbeitgebervertretern und den Angestelltenverbänden stattgefundenen Verhandlungen über die Gehaltsfrage führten zu keiner Einigung. Man trennte sich mit dem vorläufigen Ergebnis, daß am Samstag ein Vorschuß von 200 Prozent des alten Junigehaltes gezahlt werden soll. Der am Dienstag zusammentretende Schlichtungsausschuß wird dann über die endgültige Höhe des Juligehaltes Beschluß fassen.

* **Demonstration der Bauarbeiter.** Die Arbeiter der Firma Tief- und Hochbau A.-G. und der Baufirma Redicke A.-G. zogen gestern nachmittag in einem geschlossenen Zuge unter Vorantragen einer Sowjetfahne durch mehrere Straßen der Stadt. Als der Zug, der sich dann weiter durch den Ring bewegte, am Bezirksamt vorbeikam, erhoben die Demonstranten ein lautes Gejohle und Geschrei. Die Arbeiter zogen nach dem Rosengarten.

** **Abkühlung.** Vergangene Nacht ging starker Regen nieder, der nach der tropischen Hitze der letzten Tage eine angenehme Abkühlung brachte und dem ausgetrockneten Erdreich die erforderliche Feuchtigkeit wieder zuführte. Der Niederschlag kam zur richtigen Zeit, da die ganze Vegetation unter der anhaltenden Trockenheit schwer litt und für Menschen und Tiere bald zur Qual wurde. Es wäre zu wünschen, wenn noch mehr von dem himmlischen Naß herunterkäme.

* **Neue 5- und 10 Millionenmarkscheine.** Die Reichsbank teilt uns mit, daß außer der bereits gemeldeten Ausgabe von 500 000 und 1 Millionenmarkscheinen auch die Ausgabe von 5- und 10 Millionenmarkscheinen bevorsteht. Bei der Herstellung dieser neuen Millionenscheine hat die Reichsbank mit dem bisherigen System der regulären Banknoten gebrochen, da deren Herstellung langwierig ist. Die Reichsbank hat sich daher dem englischen System zugewandt, das in der Ausgabe sehr primitiver Noten besteht, die nach kurzer Umlaufsdauer immer wieder durch neue ersetzt werden. Gegen allzuleichte Nachahmung sind die Noten durch Kupferdruckpapier mit Wasserzeichen geschützt.

* **Die neuen Spritpreise.** In der Sitzung des Beirats beim Reichsmonopolamt für Branntwein am 18. Juli wurden ab 19. Juli folgende Preise festgesetzt: Regelmäßiger Verkaufspreis für 1a Sprit 140 000. Branntweingrundpreis 14 000, Monopolausgleich 126 000. Abzug für ablieferungsfreie Brennerei nach § 79 des Gesetzes 1450 Mark. Brennspiritus und Essigsprit 12 000 Mark, für Heilmittel und alkoholfreie Essenzen 20 000 Mark, für Parfümerien 40 000 Mark. Für Destillateure beträgt die Freigabequote für Juli 40 Prozent des Monatsbezugsrechts

Veranstaltungen

ℰ **Wiener Operettenspiele im Rosengarten.** Heute Donnerstag wird die mit großem Beifall aufgenommene Operette „Don Cesar" wiederholt, morgen Freitag bei bedeutend ermäßigten Einheitspreisen „Liebe im Schnee" mit Friedl Dann als Gast gegeben.

ℰ **Mannheimer Künstlertheater „Apollo".** Für die Mitglieder der „Freien Volksbühne" geht heute bis einschließlich Samstag und Montag Fritz Dreops Drama „Die Frau des Kommandanten" in Szene. Am Dienstag wird in der Schluß-Abschiedsvorstellung zu Gunsten der Genossenschaftskasse (der gesamte Brutto-Ertrag fließt den Mitgliedern zu) der Schwank „Der Lampenschirm" von Götz aufgeführt.

Kommunale Chronik

Kleine Mitteilungen

Die Kosten für den Umbau der alten Hautklinik in der Albertstraße in Freiburg sind auf 526 680 000 Mark veranschlagt. — Der Umbau und Erweiterungsbau der Hildakinderklinik, die dieser Tage in der neuesten Vollendung übernommen wurde, konnte noch mit der „bescheidenen" Summe von 32 Millionen Mark durchgeführt werden. — Die Stadt beschloß, dem Verein deutscher Jugendherbergen, Zweigverein Baden, Uebernachtungsräume in der ehemaligen Lederkaserne und im Schulhof der alten Volksschule im Vorort Herdern bereit zu stellen. — Der Kleinverkaufspreis für Vollmilch in der Stadt Freiburg beträgt für den Liter 5800 M. Glücklicher sind die Milchverbraucher von Emmendingen gestellt, wo noch wie vor 3600 M für den Liter Milch bezahlt werden. — Die landwirtschaftliche Herbstwoche in Freiburg findet vom 17. bis 21. Oktober statt. Mit ihr ist wieder, wie in den Vorjahren, eine landwirtschaftliche Ausstellung verbunden.

Die technische Abteilung des Stuttgarter Gemeinderats hat den Teuerungsfaktor für die Wasserzinse und die sonstigen aus dem Wasserabgabevertrag sich ergebenden Schuldigkeiten mit Wirkung vom 1. Juli ab auf das 15fache, statt des am 21. Juni beschlossenen 5fachen, der seit 1. April 1923 geltenden Grundbeträge festgesetzt. Demgemäß beträgt ab 1. Juni d. J. der Wasserzins für 1 Kubikmeter Wasser (Grundbetrag 200 M) nunmehr 3000 (bisher 1000) M; für ein Zimmer monatlich (Grundbetrag 200 M) nunmehr 3000 M (bisher 1000 M); für einen Spülabort (Grundbetrag 500 Mark) nunmehr 7500 M (bisher 2500 M).

In Köln ist am Montag vorbehaltlich der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde für die städtischen Straßen- und Vorortbahnen einschließlich der Köln-Frechen-Benzelrather-Bahn ebenfalls ein neuer Tarif in Kraft getreten. Es kosten auf der Straßenbahn: a) Fahrscheine ohne Umsteigerecht 5000 M, mit einmaligem Umsteigerecht 6000, Kinder 2500, Schüler, Lehrlinge 2000, Knipskarten (5 Fahrten) 20 000, Knipskarten für Schüler und Lehrlinge 7000, Wochenkarten ohne Umsteigerecht für eine bestimmte Strecke: a) für 2 Fahrten werktäglich 33 000, b) für 4 Fahrten werktäglich 48 000; mit je einmaligem Umsteigerecht a) für 2 Fahrten werktäglich 40 000, b) für 4 Fahrten werktäglich 58 000 M. Auf den Vorortbahnen wurden die Fahrpreise von 3000 auf 5000 M, im übrigen um rund 66⅔ v. H. erhöht.

In Barmen wurde der Preis für Gas auf 3500 M, für Wasser auf 2000 M, für Lichtstrom auf 7200 M, für Kraftstrom auf 4500, 4800 und 6400 M erhöht.

Sportliche Rundschau

Autosport

* **Abschluß der NDAC — Reichsfahrt.** Mit einem Bergrennen auf der Solitude-Rennstrecke bei Stuttgart fanden die Reichsfahrt-Prüfungen am Sonntag ihren Abschluß. In den einzelnen Klassen gab es hier folgende beste Zeiten. Motorräder: bis 150 ccm: Weber-Zschoppau (DKW) 5:42.2; bis 250 ccm: Bucher-Hamburg (Sundapp) 5:21.2; bis 350 ccm: Göhler-Karlsruhe (Ziro) 5:07; bis 500 ccm: Keßler-Suhl (RG) 3:34.4; über 500 ccm: Hägi-München (Mabeko) 4:38.3 und Meißner-Charlottenburg (Mars) 4:36. — Motorräder mit Beiwagen: Madlenbrei-Stuttgart (Viktoria) 4:22.4. — Wagen: bis 3,09 PS: Beier-Karlsruhe (Grade) 5:36.4; bis 4,99 PS: Wochner-Leutkirch (RSU) 4:39.4; bis 5,99 PS: Caracciola-Stuttgart (Mercedes) 4:17.6; bis 7,99 PS: Muchel-Stuttgart (Selve) 4:48.4; bis 10 PS: Huth-Chemnitz (Wresto) 4:18.4.

Wassersport

* **Deutsche Faltbootmeisterschaften.** Auf der Isar bei München kamen am Sonntag die deutschen Faltbootmeisterschaften zur Entscheidung, die teilweise recht gut besetzt waren und folgende Ergebnisse zeitigten: Herreneinsitzer: 8 Teilnehmer (Gummihaut): 1. Wechsler (MTV München) 3:15:44; Herreneinsitzer, 5 Teilnehmer (Leinenhaut): 1. Heinzinger (Cl. Münchener Kajakfahrer) 3:29:45; Herrenzweisitzer (Leinenhaut): 7. Teilnehmer: 1. Lang-Bauer (MTV München) 3:18:33; Damenzweisitzer: Fr. Rayer-Frl. Fasold (Cl. Münchener Kajakfahrer) 3:27:11 im Alleingang. Herren- und Damenzweisitzer (Gummihaut) 7 Teilnehmer: 1. Herr u. Frau Kindermann (MTV München) 3:17:29; Herren- und Damenzweisitzer: (Leinenhaut) 3 Teilnehmer: 1. Frl. Wirth—Herr Sachtner (Cl. Münchener Kajakfahrer) 3:33:23.

Neues aus aller Welt

— **Mord im Taunus.** Ortseinwohner von Roda, Weiß hörten dieser Tage am sog. Klitstein mehrere rasch aufeinander folgende Schüsse. Etwa eine Stunde später wurde in einer Waldschneise die 30jährige Hebamme Frau Luise Nickel mit durchschnittenem Halse tot aufgefunden. Die Mordkommission der Frankfurter Kriminalpolizei stellte fest, daß der Frau der Kehlkopf mit einem scharfen Messer durchschnitten war. Außerdem wies der Hinterkopf der Leiche eine Schußverletzung auf. Der Ehemann der Ermordeten, der 32jährige Maurer Heinrich Nickel, auf den sofort der Verdacht der Täterschaft fiel, wurde einige Tage später beim Absuchen der Umgegend im Walde bei Hainichen entdeckt. Er hatte sich zwei unbedeutende Schußverletzungen am Kopfe und eine Schnittwunde am Halse beigebracht. Anscheinend hatte er sich das Leben nehmen wollen. Nickel hat den Mord eingestanden. Die Motive sind noch nicht bekannt. Man nimmt an, daß Nickel, der als jähzorniger Mann bekannt ist, durch Ehezwistigkeiten zu der blutigen Tat getrieben wurde.

— **Der Einundzwanzigjährige als falscher Fürst.** Als Besitzer des Bades Kissingen spielte sich ein Hochstapler auf, der in Berlin eine ganze Reihe von Geschäftsleuten um viel Geld betrogen hat, bis er jetzt endlich verhaftet werden konnte. In einem Berliner Hotel stieg ein junger Mann ab, der sich „Fürst Wolkowski" und Besitzer von Kissingen (!) nannte. Er stellte sehr große Ansprüche und machte große Einkäufe. So kaufte er fünf Pferde und drei Wagen, sowie eine Villa in Lankwitz. Er bezahlte mit Schecks auf, bis er jetzt endlich verhaftet werden konnte. In einem Berliner mußte er sich mit diesen Schecks zu verschaffen. Zwischendurch entfernte er sich aus Berlin, um mit seinem Auto angeblich eine Reise nach Dresden zu machen. Er kam jedoch wieder zurück und stieg im gleichen Hotel ab, wo man jetzt ganz energisch auf Zahlung drang. Daraufhin verschwand er heimlich. Er konnte verhaftet werden und wurde als ein erst 21jähriger Kaufmann Siegfried Metzger entlarvt. Er hatte sich durch Anlegung eines kleinen Kontos bei der Bayerischen Bank ein Scheckbuch verschafft, besaß aber längst kein Guthaben mehr.

— **Ganz wie bei uns.** In dem Pariser Stadtrat sollte kürzlich über Lohnforderungen verhandelt werden, die von den städt. Arbeitern erhoben waren. Die Forderung stieß auf Widerspruch. Als die Debatten im schönsten Gange waren, flogen mit einem Mal von der Galerie des Publikums herab Stinkbomben in den Versammlungsraum. Die Beratungen mußten infolgedessen abgebrochen werden. Wie es scheint, hat man in Paris aus gewissen Vorgängen im Berliner Stadtverordnetenkollegium gelernt. Man muß allerdings sagen, daß diese Vorgänge keineswegs als mustergültig zu betrachten sind.

— **Vulkanausbruch in Rumänien.** Nach einer Meldung aus Bukarest ist der Vulkan Caliman, der seit hundert Jahren erloschen war, wieder in Tätigkeit.

Handel und Industrie

Die Termindevisengeschäfte

Das Reichsbankdirektorium teilt mit: Gemäß § 1 der Verordnung über Termingeschäfte und den Handel mit Dollarschatzanweisungen zum Einheitskurse vom 3. Juli 1923 (R. G. Bl. I S. 511) sind u. a. Termingeschäfte in Zahlungsmitteln oder Forderungen in ausländischer Währung gegen Reichsmark verboten. Auf Grund des § 6 der Verordnung bestimmt der Reichswirtschaftsminister, daß diese Vorschrift auf den Geschäftsverkehr der Reichsbank keine Anwendung findet und die Reichsbank befugt ist, die Devisenbanken zu ermächtigen, für Rechnung der Reichsbank Termingeschäfte abzuschließen, und die näheren Bestimmungen zu treffen. Die Reichsbank ermächtigte auf Grund dieser Bestimmung die Devisenbanken, Devisen auf Termin gegen Reichsmark anzukaufen, soweit es sich dabei um die Vermittlung und Ablieferung von Exportdevisen an die Reichsbank handelt.

Joseph Vögele A.-G., Mannheim

Die Unsicherheiten in der Geschäftsführung haben sich gegenüber dem Vorjahr noch wesentlich gesteigert, damit das Risiko bei Durchführung langfristiger Aufträge, die zur Eigenart des Betriebs gehören. Durch den Streik in der süddeutschen Metallindustrie entstand ein wesentlicher Produktionsausfall und die Auswirkungen machten sich noch mehrere Monate bemerkbar, da auch die Werke der Unterlieferanten stillgelegt waren. Die Brennstoffabgaben an die Entente und die Ruhrgebietsbesetzung zwangen in erheblichem Umfange zur Beschaffung ausländischer Rohstoffe und Brennmaterialien. Die geordnete Weiterführung der Geschäfte in Papiermark war auf das Aeußerste erschwert und immer weitere Zweige der Wirtschaft mußten zur Goldmark- oder Valutarechnung übergeben; auch die Gesellschaft hat einen Teil der Feuerversicherung zu Goldmarkbeträgen abgeschlossen. Die von der chemischen Industrie ausgegangene Einführung des sogenannten Abgeltungsverfahrens bei sofortiger Bezahlung der Teilbeträge seit Dezember 1922 habe eine Besserung der Verhältnisse gebracht, während zuvor manche säumige Zahler auf dem Rücken der Lieferanten bewußt und unbewußt leichtverdiente Entwertungsgewinne machten. Der Auftragseingang war während des ganzen Geschäftsjahres im In- und Auslande erfreulich, so daß die Gesellschaft bei Geschäftsabschluß auf einen Auftragsbestand blicken konnte, der, wenn die Frage der Rohstoffbeschaffung sich in befriedigender Weise regeln läßt, dem Werk für längere Zeit genügend Beschäftigung in den Hauptabteilungen sichert. Die Roheinnahmen betrugen 1050,63 (18,28) Mill. M. Davon erforderten die Handlungsunkosten 617,08 (i. V. 11,61) Mill. M. Einschließlich Vortrag und nach 81,93 (0,75) Mill. M Abschreibungen ergibt sich ein Reingewinn von 350,91 (6,03) Mill. M, woraus, wie schon mitgeteilt, 1 Goldmark Dividende = 156,91 Mill. M (i. V. 20% = 2 Mill. M) verteilt, 16,40 (1) Mill. M der Rücklage II zugewiesen, 100 Mill. M für Wohnungsbauten, 50 (1) Mill. M den Unterstützungsfonds zugeführt, 25 Mill. M zu Stiftungen verwendet und 3,48 (0,29) Mill. M vorgetragen werden. Die Bilanz verzeichnet Kreditoren und Anzahlungen mit 5132,56 (26,15) Mill. M gegenüber 5238,79 (12,96) Mill. M Debitoren und Anzahlungen, 266,52 (0,50) Mill. M Darlehen, Hypotheken und Effekten, sowie 30,52 (38,55) Mill. M Rohmaterialien, Fertig- und Halbfabrikaten. Grundstücke und Gebäude stehen mit 2,64 (2,63) Mill. M, Maschinen und Einrichtungen mit 1,54 (0,84) Mill. M zu Buch. Die Kapitalerhöhung von 10 auf 30 Mill. M ist durchgeführt. Im neuen Geschäftsjahr haben sich die Schwierigkeiten außerordentlich erhöht; Voraussagen lassen sich nicht machen. *

Badische Landeselektrizitätsversorgung A.-G. (Badenwerk) in Karlsruhe

Im abgelaufenen Geschäftsjahr ist das Aktienkapital von 100 auf 600 Mill. M erhöht worden. Eingezahlt waren hiervon bis Ende des Geschäftsjahres 225 Mill. M. Auch das erhöhte Aktienkapital ist restlos im Besitz des Landes Baden. Zwecks Beschaffung von Mitteln zur Inangriffnahme des geplanten Schluchseewerkes in der ersten Hälfte des Geschäftsjahres, da die Geldentwertung und damit die Teuerung und Kapitalmangel in einem nicht geahnten Umfange zunahmen, mußte in der Beschaffung der für den weiteren Ausbau des Schwarzenbachwerkes notwendigen Mittel ein neuer Weg beschritten werden, der in der Ausgabe einer kohlenwertbeständigen 5prozentigen, durch Reallast gesicherten, vom Lande Baden für Kapital und Zinsen verbürgten, reichsmündelsicheren Anleihe gefunden wurde. Es wurden im Januar 1923 zwei Serien aufgelegt, welche bei starker Ueberzeichnung in den ersten Tagen insgesamt den Geldwert von 431 742,5 t Kohle erbrachten. Der Erlös dieser Anleihe ist, soweit er nicht zur Abgeltung der abgeschlossenen Lieferungsverträge und Eindeckung benötigter Baustoffe verwendet werden konnte, in den Verkehrsverhältnissen Rücksicht tragender Weise angelegt. Bei der Zeichnung der Kohlenwertanleihe wurden von der Murgwerkanleihe 73 270 000 M und von der Schluchseeanleihe 99 788 000 M zum Nennwert in Zahlung genommen. Die Bilanzierung der Wertveränderung unter Beachtung der §§ 40 und 261 HGB. konnte nur durch Einführung eines Währungs-Wertberichtigungskontos erfolgen, welches den höheren Markbetrag der Kohlenwertanleihe am Bilanzstichtage, nach Berücksichtigung der Einnahmen aus an Dritte gegebenen wertbeständigen Darlehen, aufweist. Dieses Konto wird durch den in Kohle umgerechneten Wert der nur zum Erwerbspreise in der Bilanz eingesetzten Anlagewerte ausreichend gedeckt. Im Berichtsjahr ist der Anschlußwert um 17 875 kW auf insgesamt 75 311 kW gestiegen. Die Anzahl der angeschlossenen Gemeinden erhöhte sich von 399 auf 522, die angeschlossenen Gemeinden umfaßten 358 063 Einwohner mit 78 561 Haushaltungen; 62 239 Haushaltungen waren angeschlossen. Die Zahl der installierten Lampen stieg von [illegible]4 960 auf 369 027, diejenige der installierten Motore von 4549 auf 8744. Im Bau sind die Anschlußanlagen für 6 Gemeinden; nach Anschluß dieser Gemeinden bleiben dann im Versorgungsgebiet 10 noch nicht versorgte Gemeinden übrig, mit deren Antrag in Kürze gerechnet werden kann. Nutzbar abgegeben wurden im ganzen Versorgungsgebiet 96 939 925 kWh, wovon 91 048 700 kWh auf Kraft und 5 891 225 kWh auf Licht entfallen.

Die Strompreise mußten, da sie bei der Geldentwertung und den eigenen Gestehungskosten entsprechende Höhe nicht erreichten, zur Erstrebung der notwendigen Rücklagen, soweit angängig, eine Erhöhung erfahren. In drei Fällen mußten hierbei Schiedsverfahren betrieben werden. Die Wasserführung war im abgelaufenen Geschäftsjahr überaus günstig und gestattete eine selten hohe Ausnützung des Murgwerkes. Das Betriebsergebnis wurde hierdurch günstig beeinflußt. Nach Vornahme von Rücklagen für Erneuerung und Erhaltung der Anlagen wird der Reingewinn von 180 929 677 M folgendermaßen verteilt: Gesetzliche Rücklage in den Reservefonds 19 135 630 M, 10 pCt. Gewinnanteil aus 47 500 000 M 4 750 000 M, 10 pCt. Gewinnanteil p. r. t. aus 52 500 000 M 2 697 910 M, 10 pCt. Gewinnanteil p. r. t. aus 125 000 000 M 2 951 300 M, und Vortrag auf neue Rechnung 151 394 737 M. Das Baukraftwerk an der Raumünzach bei Ebersbronn mit einer Leistung von 900 kW konnte am 23. Oktober 1922 in Betrieb genommen werden. In das ab-

MARCHIVUM

laufene Geschäftsjahr fällt der Beginn der eigentlichen Bauarbeiten beim Schwarzenbachwerk. Am 19. Mai 1923 wurde der 1700 m lange Stollen durchschlagen. Der Fortschritt der Bauarbeiten kann als befriedigend bezeichnet werden, obgleich die Arbeiten durch die reichlichen Niederschläge nicht unwesentlich gehemmt wurden. Trotz dieser und der durch die Ruhrbesetzung eingetretenen Schwierigkeiten besteht Hoffnung auf Inbetriebnahme des Werkes mit einer Leistung von zunächst 15 000 kW bei vorläufig noch geringerem Stau bis Ende dieses Jahres. Die vorbereitenden Arbeiten für die Errichtung der Oberstufe des Schluchseewerkes sind in Angriff genommen, eine notwendige Verstärkung des Dammes der am Schluchsee entlang geführten Bahnlinie durchgeführt. Im Zuge des 6000 m langen Schluchsee—Schwarzastollens sind Schürfungen durchgeführt; der Voreinschnitt für einen Fensterstollen ist im Vortrieb. Weitere Schürfungen für Krafthaus und Rohrbahn sind im Gange; der Bau der Zufahrtstraße zum Krafthaus wird in den nächsten Tagen vergeben.

Die kommende Goldanleihe

Das Reichsfinanzministerium wird der Vorlage über die Schaffung einer wertbeständigen Reichsanleihe eine etwas andere Gestaltung geben, als es ursprünglich geplant war. Die kleinsten Stücke sollen auf den Mindestbetrag von 2 Dollar und nicht, wie zuerst beabsichtigt war, von 5 Dollar lauten. Außerdem soll die Subskription nicht auf eine bestimmte Summe festgelegt, sondern vielmehr der Betrag der gesamten Reichsanleihe auf 100 Millionen Goldmark begrenzt sein, und zwar soll dieser Betrag serienweise aufgelegt werden. Die im August aufzulegende Serie soll 25 Millionen Goldmark umfassen.

Täglich 2 Billionen Papiergeldherstellung

Zu der durch die Ultimozahlungen hervorgerufenen Geldknappheit teilen die Blätter mit, daß die Reichsbank noch im Laufe dieser Woche der Lage Herr werden wird. Die augenblickliche Notenerzeugung beträgt mehr als 2 Billionen täglich. Am Freitag treffen so gewaltige Summen bei der Reichsbank ein, daß jede Möglichkeit einer weiteren Zahlungsknappheit von da ab ausgeschlossen ist.

* **Süddeutsch-polnische Handels-Aktiengesellschaft.** Man schreibt uns aus Pasing-München: Mit vorläufigem Sitz in Pasing wurde diese Gesellschaft unter reger Beteiligung der süddeutschen Industrie gegründet. Das volleinbezahlte Aktienkapital beträgt 150 Mill. ℳ. Den Vorstand bilden: Herr Direktor K. Beeckmann, Leoni bei Starnberg, Herr Oberingenieur Friedrich Hofmann, München. Den Aufsichtsrat bilden Herr Direktor Karl Deutschmann, Direktor der „Mewag" A.-G. (Vorsitzender); Herr Direktor Schlimbach, Direktor der Bürstenfabrik Pensberger u. Co. A.-G.; Herr Kommerzienrat Eugen Zentz; Herr Direktor Ew. Eberhardt, Direktor der Farbbandfabrik A.-G. und Herr Heinrich Reifer, Kaufmann, Pasing bei München. Zweck der Gründung ist die Pflege der Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Polen.

* **Kunstseidefabrikation in Frankreich.** Die zunehmende Verwendung der Kunstseide in manchen Zweigen der Textilindustrie hat in letzter Zeit auch in Frankreich zur Gründung mehrerer neuer Fabriken zur Herstellung von Kunstseide und zum Ausbau bestehender Fabriken geführt. Ende vorigen Jahres wurde in Lyon unter der Bezeichnung „Société Lyonnaise de Soie Artificielle" eine Gesellschaft mit 16 Millionen Frcs. Kapital gegründet. Eine weitere Gesellschaft wurde in Lyon unter Mitwirkung der chemischen Werke „Usines du Rhône" unter der Bezeichnung „Rhodiaseta" gegründet; diese Fabrik arbeitet seit einigen Monaten und hofft, ihre Produktion bis Ende dieses Jahres zu verfünffachen. Die Gesellschaft beabsichtigt einen weiteren Ausbau ihres Fabrikationsprogrammes, über dessen Art sie indessen vorläufig Stillschweigen beobachtet. Die belgische Firma Fabrique de Soie artificielle de Tubize hat sich durch ein Abkommen mit der British Cellulose & Chemical Manufacturing Company das ausschließliche Herstellungsrecht von Kunstseide nach dem Verfahren letzterer Firma u. a. auch für Frankreich gesichert und eine der Compagnie Générale de Produits Chimiques de Normandie gehörige Fabrik in Grand-Quevilly bei Rouen erworben, in der bisher Zellulose-Acetat hergestellt wurde und die nunmehr für die Fabrikation von Kunstseide eingerichtet werden soll. Die Société de Soie artificielle d'Isieux (Loire), an der die Lyoner Farbwerke Progil bzw. deren Mitinhaber Gebr. Gillet beteiligt sind, hat im vergangenen Jahr ihre Einrichtungen erheblich ausgebaut und verbessert. Eine Tochtergesellschaft dieser Firma ist die Soie artificielle de Givet. Als weitere Kunstseidenfabriken kommen u. a. in Frage die Société Ardéchoise pour la fabrication de la Soie Viscose in Arques-la-Bataille (Seine Inférieure), die Société Italienne de la Viscose in Albi (Tarn) und die Société de Soie artificielle in Besançon. — Es ist anzunehmen, daß der Zoll auf Kunstseidengarne, der vor reichlich einem Jahr auf die dringenden Vorstellungen der französischen Wirkwarenfabrikanten hin etwas herabgesetzt wurde, wieder erhöht werden wird, sobald die französische Produktion die Nachfrage zu decken imstande sein wird.

Börsenberichte

Mannheimer Effektenbörse

* **Mannheim,** 25. Juli. Die Tendenz der heutigen Börse war bei sehr lebhaftem Verkehr wieder außerordentlich fest. Zur Notierung gelangten Umsätze (in 1000%) in Anilin zu 1380, rat., in Rhenania zu 1195, ferner in Seilindustrie zu 375, in Benz zu 2000, in Fahr zu 600, Waggonfabrik Fuchs zu 430, Heddernheimer zu 550, rat., in Knorr zu 700, Braun-Konserven zu 300, Mannheimer Gummi zu 350 und zu 360, Maschinenfabrik Badenia zu 420, Neckarsulmer zu 825, Pfälz. Mühlenwerke zu 250, Rhein-Elektra zu 450, Freiburger Ziegelwerke zu 200, Wayss u. Freytag zu 550, Zellstofffabrik Waldhof zu 900, Zuckerfabrik Frankenthal zu 850 und Zuckerfabrik Waghäusel zu 880. Von Brauereien sind Sinner 550 G., Schwartz 300 G. und Werger 200 G. Von Versicherungs-Aktien standen im Verkehr: Mannheimer zu 1 500 000 ℳ und von Banken Rhein. Creditbank zu 290, Rhein. Hypothekenbank zu 110 und Südd. Disconto zu 500.

*

* **Essener Börse** vom 23. Juli. Fränkische Türen- und Möbelfabrik in Hardheim (Baden) 175 000 G. 225 000 Br.; Schneider u. Co. in Heidelbg.-Kirchheim 175 000 G. 225 000 Br.; Greifwerke A.-G. vorm. Peter Kohl in Mannheim-Neckarau 275 000 G. 325 000 Br.

Devisenmarkt

Mannheimer Devisenmarkt, 26. Juli. (9.30 vorm.) Nach der Newyorker Parität ergeben sich folgende Kurse: **New York 588 000,** Holland 231 000, London 2 700 000, Schweiz 105 300, Italien 25 800. Prag 17 500.

Die Mark wurde nachbörslich mit 0,00017 = 588 000 aus New York gemeldet. Es liegen wieder zahlreiche Kaufaufträge vor.

New York, 25. Juli. (WB) Devisen

	24.	25.		24.	25.		24.	25.
Frankreich	5.93	5.92	Schweiz	17.93	17.91	Spanien	14.29	14.25
Belgien	4.98	4.87	England	4.59	4.59	Italien	4.37	4.38

* **New York,** 25. Juli. Kurs der Reichsmark bei Börsenschluß 0,0001.53 (0,0002.16) Cents. Dies entspricht einem Kurs von 653 595 (462 963) ℳ für den Dollar.

Waren und Märkte

* **Dollarpreise für Nähgarne.** Die Vertriebsgesellschaft Deutscher Baumwoll-Nähfaden-Fabriken (Nähgarnvertrieb G. m. b. H.) hat, wie der Konfektionär erfährt, mit Wirkung vom 23. Juli eine entscheidende Aenderung ihrer Verkaufs- und Lieferungsbedingungen vorgenommen. Die Grundpreisliste ist so abgeändert worden, daß sie sich nicht mehr mit einem jeweils vom Nähgarnsyndikat festzustellenden prozentualen Preisaufschlag, sondern mit einem Multiplikator, gleich einem Tausendstel des amtlichen Berliner Dollarbriefkurses versteht. Die Rechnungen stellen daher mit Wirkung vom 23. Juli Grundpreiswerte dar; der Endbetrag ist mit dem Tausendstel des amtlichen Berliner Dollarbriefkurses vom Vortage der Zahlung zu multiplizieren. Der einfacheren Umrechnung wegen kommen nur die vollen Tausender des Dollarkurses in Ansatz. Die Preise verstehen sich ohne Kassakonto.

London, 25. Juli. (WB) Metallmarkt. (In Lst. für d. engl. t. = 1016 kg.)

	24.	25.						
Kupfer Kassa	66.—	65.75	bestselect.	68.50	68.50	Blei	24.45	24.2
do. 3 Monat	66.75	66.50	Nickel	130.—	130.—	Zink	30.30	30.25
do. Elektrol	72.75	72.50	Zinn Kassa	187.15	181.45	Quecksilber	10.25	10.5
			do. 3 Monat	185.—	183.15	Regulus	34.6	34.6

Amerikanischer Funkdienst

New York, 25. Juli. (WB) Funkdienst. (Nachdruck verboten).

	24.	25.						
Kaffe loco	10.62	10.65	Zef. gew.	8000	4000	stand wt	12.50	12.50
Juli	9.05	9.05	Elektrolyt	14.75	14.75	Cred. Bal.	3.—	3.—
Septbr.	7.91	7.90	Zinn loko	39.75	39.25	Zucker Centrif	7.53	7.53
Dezemb.	7.28	7.40	Blei	6.25	6.25	Terpentin	98.—	—.—
März	7.14	7.—	Zink	6.10	6.12	Savannah	90.10	—.—
Mai	7.10	—.—	Eisen	26.—	26.50	N. Orl Baum	23.50	23.50
Baumw. loco	24.65	23.90	Weißblech	5.62	5.62	Weizen rot	111.—	112.75
Juli	22.90	—.—	Schmalz wt.	11.85	11.85	Hart loko	114.—	113.75
August	23.50	23.10	Talg	6.65	6.65	Mais loko	103.25	101.—
Septemb.	22.95	22.20	Baumwollöl	8.87	8.90	Mehl niedr. Pr	5.—	5.—
Oktober	22.88	22.60	Septemb.	7.75	8.90	höchst Pr.	5.50	5.50
November	22.38	22.60	Petrol. cases	15.41	15.40	Getrdfr. Engl	1/3	1/3
			tanks	5.50	5.40	Kontinent	7.—	7.—

Chicago, 25. Juli (WB) Funkdienst. (Nachdruck verboten).

	24.	25.						
Weizen Juli	99.—	99.25	Roggen Dez.	69.15	69.15	Schweine		
" Sept.	99.85	99.10	Schmalz Juli	10.60	10.60	leicht niedr.	7.25	7.—
Mais Juli	86.15	87.15	" Okt.	10.90	10.90	höchst.	8.—	7.75
" Sept.	76.15	77.45	Pork	—.—	—.—	schw. niedr	7.25	7.10
Hafer Sept.	34.65	35.50	Rippen Sept.	8.50	8.42	höchst.	7.60	7.35
" Dez.	36.65	37.25	Speck niedr.	9.25	9.25	Zuf. Chicago	33000	36000
Roggen Spt.	64.65	66.—	höchst.	9.25	9.—	Westen	112000	144000

Wasserstandsbeobachtungen im Monat Juli

Rhein-Pegel	20	21	22	24	25.	26	Neckar-Pegel	20.	21.	23.	24.	25.	26.
Schusterinsel*)	2.62	2.65	2.40	2.35	2.37	2.26	Mannheim	3.76	3.90	3.87	3.92	3.90	3.88
Kehl	3.57	3.51	3.34	3.28	3.32	3.20	Heilbronn						
Maxau	5.20	5.08	5.01	4.98	4.89	4.88							
Mannheim	3.90	3.90	3.90	3.90	3.90	3.90							
Caub													
Köln			2.10		2.16								

Mannheimer Wetterbericht v. 26. Juli morgens 7 Uhr

Barometer 751,9 mm. Thermometer: 19,2 C. Niedrigste Temperatur nachts: 14,8° C. Höchste Temperatur gestern 25,8° C. Niederschlag: 24,8 Liter auf den qm. Bewölkt.

Wasserwärme des Rheins am 26. Juli morgens 6 Uhr: 17½ ° C

Herausgeber, Drucker und Verleger: Druckerei Dr. Haas, Mannheimer General-Anzeiger, G. m. b. H., Mannheim, E 6. 2.
Direktion: Ferdinand Heyme. — Chefredakteur: Kurt Fischer.
Verantwortlich für den politischen und volkswirtschaftlichen Teil: Kurt Fischer; für das Feuilleton: i. V. Kurt Fischer; für Kommunalpolitik: Richard Schönfelder; für Gericht und Sport: Willy Müller; für Handelsnachrichten, Lokales und den übrigen redaktionellen Inhalt: Franz Kircher; für Anzeigen: Karl Hügel.

Offene Stellen

Lebensmittel u. Kolonialwaren.
Jüngerer Stadtreisender
aus der Lebensmittelbranche zu sofortigem Eintritt bei hohem Gehalt und Provision
gesucht.
Nur Reflektanten, die beim Einzelhandel gut eingeführt und selbständigen Posten bekleidet haben, wollen sich melden unter R. Y. 40 an die Geschäftsstelle. B6381

Von größerer badischer Weinhandlung wird zu möglichst baldigem Eintritt
tüchtiger
Expedient
gesucht
Bewerbungen von gut empfohlenen jüngeren Kräften unter Beifügung von lückenlosem Lebenslauf, Abschriften von Zeugnissen und Angabe der bisherigen Tätigkeit sowie Gehaltsansprüche werden erbeten unter Z. R. 166 an die Geschäftsstelle d. Blattes. 5418

Bilanzsicheren
Buchhalter
eventl. auch aushilfsweise
sofort gesucht.
Angebote unter Z. T. 168 an die Geschäftsst. 5422

Tüchtiger, junger Mann
für buchhalterische Arbeiten, mit prima Zeugnissen, nicht unter 24 Jahren, für sofort B9375
gesucht.
Angebote unter R. M. 37 an die Geschäftsstelle.

Für unsere Spezialfabrikate
(chem. Produkte für Schuhe u. Leder) suchen wir für den hiesigen Bezirk bei der Kundschaft bestens eingeführte 5426
Provisionsvertreter.
Angebote an
Färbolwerk Act.-Ges. Düsseldorf.

Wir suchen zum alsbaldigen Eintritt einen mit den Verhältnissen des Platzgeschäftes durchaus vertrauten B9370
jüngeren Herrn
Nur schriftliche Angebote erbeten an
Bernauer & Co. Ges. m. b. H.
Kohlen, Koks, Briketts
Mannheim, Jungbuschstraße 11.

Einen gewissenhaften
Hausverwalter
für einige Häuser **per sofort gesucht.**
Angebote unter Z. V. 170 an die Geschäftsstelle dieses Blattes. 5428

Tabakwarengroßhandlung
sucht arbeitsfreudigen
jüngeren Herrn oder Fräulein
für Lager und Büro. Gefl. Angebote mit Angabe bisheriger Tätigkeit: Postfach 132 Mannheim. *580

Jüngerer strebsamer
Baustoff-Fachmann
in entwicklungsr. Position **gesucht.**
Angebote mit Lebensl. u. Beifg. von Lichtbild erbeten u. Y. R. 141 an die Geschäftsstelle d. Bl. 5328

Gewandter Verkäufer.
Für den Vertrieb eines hervorragenden Artikels der Autobranche wird gewandter **Verkäufer** zum Besuch der einschlägigen Kundschaft gesucht. Nur Herren mit nachweisbarem Erfolg wollen sich melden. Angebote unter S. B. 46 an die Geschäftsstelle dieses Blattes. *574

Ia. Stenotypistin
mit besten Zeugnissen und mehrjähriger Praxis von Verbandsbüro zum sofortigen Eintritt
gesucht.
Angebote mit Gehaltsansprüchen sind zu richten unter R. B. 27 an die Geschäftsstelle. B9372

Für unseren
Feuerwehr- u. Sicherheitsdienst
suchen wir zum baldigen Eintritt **ausgebildete** 6272
Feuerwehrleute
sowie tüchtige, unbescholtene Handwerker
(Sattler, Wagner, Schuhmacher, Schneider usw).
Schriftliche Bewerbungen mit Zeugnisabschriften sind einzureichen an
Brown, Boveri & Cie., Aktiengesellschaft
Mannheim-Käfertal.

Perfekte
Stenotypistinnen
(keine Anfängerinnen)
möglichst sofort gesucht. 5388
Danzas & Co.
Güterhallenstraße 29.

Tüchtige Stenotypistin
(nicht Anfängerin) sofort gesucht. *484
Hawege ver. Harry Held
P 5. 11/12.

Wir suchen zu sofortigem Eintritt eine jüngere 5416
Kontoristin.
Fertigkeit in Stenographie und Maschinenschreiben Bedingung.
Schriftliche Angebote an
Walther & von Reckow
Mannheim, L 14, 19.

Heimarbeit.
Perfekte Weißnäherinnen gesucht.
„Lomag" A.-G., Bellstraße 10.

Stenotypistin
für unsere Fakturen-Abteilung zum sofortigen Eintritt gesucht.
Nur perfekte Maschinenschreiberinnen und solche mit Kenntnissen im Rechnungswesen wollen sich unter Aufgabe von Referenzen melden unter Z. U. 169 an die Geschäftsstelle. 5424

Tüchtige branchekundige
Verkäuferin
von hiesiger Wollwarengroßhandlung zum sofortigen oder baldigen Eintritt gesucht. Nur Damen mit besten Empfehlungen wollen sich melden. Angebote unter R. Z. 41 an die Geschäftsstelle dieses Blattes. *565

Jüngere, gut empfohl., vollkommen perfekte
Stenotypistin
von hies. Holzgroßhandelsfirma gesucht
Bewerbungen mit Angabe der bisherigen Tätigkeit unter Z. Q. 156 an die Geschäftsstelle. 5378

Für in und außer dem Hause suchen wir tüchtige perfekte
Hosen-Näherinnen
gegen hohen Lohn. *549
Woythaler & Baum G 7, 35
Mech. Kleiderfabrik.

Konsumverein Wiesloch.
Wir suchen zu baldigem Eintritt eine perfekte selbständige ledige
Verkäuferin
Bewerberinn. wollen ihre Angebote mit Zeugnisabschriften über seitherige Tätigkeit einreichen an d.
Konsumverein Wiesloch. 1845

Pianist
evtl. mit Geige gesucht.
*579 C 3, 4.

Junger Mann
mit Fachkenntnissen in Baumaterialien f. Büro und Reise B9579
gesucht.
Angebote unt. R. V. 37 an die Geschäftsstelle.

Tüchtiges
Alleinmädchen
geg. gute Bezahlung sofort gesucht. 1880
Angeb. unt. Z. K. 150 an die Geschäftsstelle.

Wir suchen einen zuverlässigen
Kraftfahrer
der außerhalb seiner Tätigkeit Lagerarbeiten verrichten will. 1849
Verlangt wird ein lückenloser Lebenslauf nebst Vorlage v. Zeugnissen.
Geboten wird neben einem anständigen Lohn eine Dienstwohnung.
Carl Fritz & Cie.
O 3, 2.

Junge gebild. Dame
gewandt im Verkehr, in e. erst. photogr. Geschäft gesucht. Ausf. Angebote unter S. A. 42 an die Geschäftsstelle. *567

Kinderschwester
oder Kindergärtnerin mögl. per sofort gesucht. Zu erfr. Tel. 6215. *583

Lehrmädchen
sucht G. Egeling, Friseur Tattersallstr. 4. B9877

Hausmädchen sowie Kindermädchen
zu ein. Kind p. sof. gesucht.
*571 C 3, 4.

Gut empfohlenes
Mädchen
d. etw. kochen kann, zu 2 Pers. bei hoh. Lohn u. sonst. Zuwend. gesucht.
*566 B 5, 17/18 II.

In kl. Geschäftshaushalt (Kolonialwaren) älteres, selbständiges
Mädchen
gesucht. Fr. Wildenstein, Bergingstr. 5/7. *564

Tüchtiges, gewandtes
Mädchen
das gut kochen kann, in kleinen Herrschaftshaushalt zum 1. September gesucht.
Gehalt beliebig nach Indeg u. geringen Vergünstigungen. Längjähr. gute Zeugnisse Beding.
Näheres in der Geschäftsstelle d. Bl. *559

Wiener Operettenspiele Rosengarten.
Donnerstag den 26. Juli 1923
„Don Cesar"
Anfang 7½ Uhr. 85 Ende nach 10 Uhr.

Künstlertheater „Apollo"
„Freie Volksbühne"
Donnerstag . . . . Mitgl.-No. 3501— 7000
Freitag . . . . . Mitgl.-No. 7001— 10500
Samstag . . . . . Mitgl.-No. 10501— 14345
Montag . . . . . Mitgl.-No. 1— 3500
Dienstag, den 31. Juli
Abschiedsvorstellung zu Gunsten der Genossenschaftskasse [S178
„Der Lampenschirm"
Schwank in 3 Akten von Götz.
Karten hierzu für alle Mitglieder, soweit Vorrat
ab Freitag an der Tageskasse.

Karl Theodor Künstlerspiele
Heute abend 8 Uhr
Ehren- u. Benefizabend
für das beliebte Ballet 5432
Montez-Moll.

Für das elegante Heim!

ODEON
MUSIK-APPARATE PLATTEN
unübertroffen. 4092
K. Ferd. Heckel
O 3, 10 Kunststraße O 3, 10

Juwelen, Platin
alte Gold- u. Silbergegenstände
kauft zur eigenen Verarbeitung
G. Rexin, H 1, 6. Breitestraße
Werkstätte Hinterhaus. **Tel. 8850.** 646

Amtliche Veröffentlichungen der Stadtgemeinde.
Morgen früh auf der Freibank **Kuhfleisch.**
Anfangs-Nr. 310. 87 Die Verwaltung.

Ihre Vermählung zeigen an:
Otto Martin Diplom-Kaufmann
u. Frau Fanny
geb. Koch-Herzog
Mannheim R 7, 26 — Deidesheim *590

Jakob Seiter
Frieda Seiter
geb. Klein
Vermählte
Mannheim, 26. Juli 1923.
Schulhofstraße 4. *544

Habe mich als *384
prakt. Arzt
hier niedergelassen.
Dr. med. Paul Strotkötter
P 1, 4 (Breitestr.) Tel. 2905
Sprechstund. vorm. 8½—10, nachm. 2—4½

Heute letzter Tag!
Auge um Auge
(Hassouhan, die Blume der Wüste)
Schauspiel in 7 Akten
In der Hauptrolle die berühmte amerik. Tragödin
Allan Nazimova.
Schie-Bo-Li
Lustspiel in 2 Akten mit 5188
Fritz Schulz.
Anfang 6 Uhr! Letzte Vorst. 8 Uhr
Schauburg

Gold, Silberschmuck
Trauringe 517
Goldschmied J. Federgrün
Q 5, 3.

Pelze
Pelzjacken
Mäntel 573
sehr preiswert.
Reparaturen billigst.
Pelzhaus Schüritz
O 7, 1 Etagengeschäft

Fuhrunternehmer
Barth in Seckenheim
übernimmt B...
Transporte und Lagerung
von Friedrichsfeld und Mannheim.
Fernsprecher 2707 Mannheim.

Statt besonderer Anzeige
Am 22. Juli 1923 verschied infolge eines Unglücksfalles unser herzensguter, lieber Sohn, Bruder, Neffe und Bräutigam 5434
Kaufmann Otto Hauser
kurz vor Vollendung des 27. Lebensjahres.
Mannheim, Prinz Wilhelmstr. 27, den 25. Juli 1923
Im Namen der tieftrauernden Hinterbliebenen:
Lina Hauser Witwe
Albert Hauser, Referendar
Leny Kassen und Angehörige.
Die Einäscherung findet am 26. Juli d. Js. um 2½ Uhr nachmittags im hiesigen Krematorium statt.

Todes-Anzeige.
Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, unsern lieben Vater, Schwiegervater und Großvater *962
Herrn Joseph Gippert
Zuckerwarenfabrikant
im Alter von 88 Jahren 4 Monaten zu sich in die Ewigkeit abzurufen.
Wir bitten um stille Teilnahme.
MANNHEIM, 25. Juli 1923
J 5, 21
Familie Karl Gippert
Familie Wilhelm Gippert.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 27. ds., nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes aus statt.

Statt besonderer Anzeige.
Heute mittag 1 Uhr ist meine liebe Frau, unsere herzensgute Mutter, Schwester, Schwiegertochter, Schwiegermutter, Schwägerin und Tante *595
Frau Lina Ringle
geb. Messerschmidt
nach langem, schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden, im Alter von 46 Jahren sanft entschlafen.
Mannheim, Holzstraße 9a, Ludwigshafen a. Rh. und Stuttgart, den 25. Juli 1923
Im Namen der trauernd Hinterbliebenen:
Gottlieb Ringle und Kinder
Josef Stefan Thomas u. Frau Martha geb. Ringle
Familie Messerschmidt.
Die Beerdigung findet am Samstag, den 28. Juli, nachmittags 2 Uhr von der Leichenhalle aus statt.

Statt besonderer Anzeige.
Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Mitteilung, daß gestern nach kurzem schweren Leiden unsere liebe Mutter, Schwiegermutter und Großmutter *561
Frau Emma Amend
geb. Berger
im Alter von 53 Jahren sanft entschlafen ist.
Die trauernden Hinterbliebenen:
Hans Amend u. Familie, Mannheim
Michael Amend, Feudenheim
Josef Amend, Feudenheim
Greta Amend, Feudenheim.
Beerdigung: Samstag, den 28. Juli, nachmittags 2½ Uhr, von der Leichenhalle Mannheim aus. — Von Beileidsbesuchen bittet man abzusehen.

Die Versteigerung von M. Arnold Auktionator, Q 3, 4, findet am Freitag, 27. Juli, 2½ Uhr statt. 5430

Alt-Gold-Silber-Platin
kauft die Schmelzerei
Ferdinand Weber, C 4, 19
am Zeughausplatz. Teleph. 8391
früher im Weil & Weber E229

Verwenden Sie
Wäsche Stolz
zum Reinigen von Sommerkleidern etc.
Gebr. HAAS, Aalen
Seifenfabrik.

Günther-Sommer
kauft **Alt-Gold-, Silber- u. Platin-Gegenstände**
Q 4, 1 Telephon 9701 **Q 4, 1**
2 Treppen Uhrmacher und Juwelier 2 Treppen
Streng reelle, fachmännische Bedienung.

Hazet? Hazet? Hazet?

Offene Stellen

Jüngere Kaufleute
gewandte, sichere Rechner
zum sofortigen Eintritt für unsere Lohnbuchhaltung
gesucht.
Schriftliche Bewerbungen unter Beifügung von Zeugnisabschriften an
Benz & Cie.
Rheinische Automobil- und Motorenfabrik
Aktiengesellschaft E59
Mannheim-Waldhof.

Perfektes
Alleinmädchen
sofort oder auch später gesucht. B9882
Frau Theodor Kraus, Richard Wagnerstr. 18.

Ehrl. Alleinmädchen, d. kochen k., findet gute Stelle i. A. Haush. bei zeitgem. Lohn. *580
Reiß, Rosengartenstr. 1a.

Stellen-Gesuche

Bautechniker
sucht Nebenbeschäftigung evtl. vorüberg. Ang. erb. u. N. B. 27 an d. Geschst. B9340

Junger Ingenieur
der Rheinbrücke nicht passieren kann, sucht derweilen
Beschäftigung.
Angebote erb. u. R. N. 38 an die Geschäftst. B9376

Tüchtiges, sauberes
Mädchen
sucht Stellung bei guter Familie. *569
Angeb. unt. S. C. 44 an die Geschäftsstelle.

Tüchtige
Stenotypistin
aus d. Maschinenbranche sucht z. bald gut. Posten. Angebote unt. S. B. 43 a. d. Geschäftsst. B568

Ausländer
mit Brückenpaß
der mit Pferden umgehen kann, **sucht Beschäftigung.** *546
Angeb. unt. R. S. 43 an die Geschäftsstelle.

Perf. Stenotypistin
27 Jahre alt,
sucht Stellung
eventl. nur vormittags. Angebote unt. Q. L. 11 a. d. Geschäftsst. B9865

Fräulein
30 J. alt, selbständig in Küche u. Haushalt, **sucht Stellung** in kleiner Haushaltung (alleinstehend. Dame od. Herr bevorz.). Gute Behandlung Bedingung.
Angeb. unt. S. K. 51 a. d. Geschäftsst. *582

Verkäufe.

Chaiselongue
Zinkblechbadewanne, Sportwagen zu verk. od. geg. Klubsessel, Kleiderschrank, Schreibtisch zu tauschen. Nagler, Käfertal, Baumstr. 7. *416

Emailleherd
zu verk. Oppenheimer, Kirchenstraße 3. *531

Konzert-Flügel
schwarz, großes Instrument, preisw. zu verkaufen. Nehme auch **gutes Motorrad** in Zahlung.
Rettenmaier, Elfenstraße 53. 4931

Neues hochelegantes
Speisezimmer
zu verkaufen. Preis 200 Millionen. *570
Angeb. an H. Past, Hotel Central, Kaiserring 28.

Küchenherde
weiß und schwarz
Sparherde, Gasherde, Gasbacköfen Gasheizöfen
weit unter Tagespreis. *588
R 6, 2 W. Ahl Tel. 5193

Hotel
mit allen Einrichtungen sof. billig zu verkaufen: Anfragen an A. Kaiser, Feudenh., Scheffelstr. 27, Telephon 6472. *545

Eckhaus
m. freiw. Wirtschaft, für Büroz. geeign., z. verk. Angeb. unt. Q. T. 19 an die Geschäftsst. B9967

Ausziehtisch 5939
2 Stühle, zu verkauf. Zimmermann, U 4, 7.

Sofort zu verkaufen:
Schlafzimmer
m. 3tür. Spiegelschrank, 180 cm breit; ferner Bettstelle weiß lack. mit Rost und Matratze und 1 elegant. Glaslüster für Gas. Anzus. v. 6 Uhr. Seiz, Seckenheimerstr. 96 1. Hof. *563

Damenräder
neu, abzug. Behrmann, Landteilstr. 6. *578

Herrenfahrrad
Marke Kayser, fabrikneu preisw. zu verk. *589
Hettinger, L 12. 12 III.

1 Fleischmaschine,
1 emaill. Fruchtpresse,
1 Eismaschine, *553
1 Messingpfanne groß. mehr. Steinkrüge z. verk.
Geiger, Q 7. 24 III r.

Kauf-Gesuche.

Kleines Haus
mit Garten, möbl. oder leer (Heidelberg bevorz.) per sofort zu mieten od. zu kaufen gesucht. Gefl. Angeb. unt. Q. S. 18 an die Geschäftsst. B0966

Kaufe 5934
Papier, Weinflaschen, Eisen und Metalle, Kleider und Schuhe zu den Tages-Preisen
Fassler, S 2, 12
Tel. 8936.

Tel. 4588.
Kaufe 614
Kleider, Schuhe
J. Schapo, T 1, 10.

Gebrauchte 1835
Zentralheizung
sowie einzelne
Radiatoren
zu kaufen gesucht.
Angebote u. Y. V. 143 an die Geschäftsstelle.

Alt-Gold
Silber, Quecksilber kauft W. Dosch, H 1, 1 Breitestraße, 1 Tr. B9084

Grosser Schuppen
für Auto-Garage, circa 18—20 m lang, 8 m breit und 2½—3 m hoch und *586
Führerhaus
für 3—4 tons Lastwagen sofort zu kaufen gesucht
Kraftverkehr Rettenmaier, Elfenstraße 53, Tel. 4920.

Alt-Eisen :: Alt-Metalle
Alt-Papier, Oefen, Herde
Badewannen
Antike Gegenstände usw.
kauft zu Tagespreisen B...
Th. Krebs, Alphornstr. 47, Tel. 511

Miet-Gesuche

Junges Ehepaar **(Ausländer)** sucht per sofort *576
2 gut möbl. Zimmer
mit Küchenbenutzung. Angenehme Lage.
Angebote unter S. Q. 48 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Wohnungs-Tausch!
Geboten: 5 Zimmer und Küche, elektr. Licht, in gutem Hause, neu hergerichtet, Nähe Börse, sofort beziehbar.
3 Zimmer und Küche, hübsche Parterrewohnung mit Zubehör in den R-Quadraten.
Gesucht: 4—5 Zimmer, moderne Wohnung, Nähe Parkring oder Bahnhof, 2—3 Zimmer, möbliert oder schöne 3-Zimmer-Wohnung in guter Lage.
Gefl. Angebote unter Z. P. 154 an die Geschäftsstelle dieses Blattes. 5402

Lager mit Büro
im Zentrum der Stadt B9336
sofort zu mieten gesucht.
Ang. u. O. W. 72 an die Geschäftsstelle d. Blattes.

Wirtschaft-Neckarstadt
in guter Lage für Büro
per sofort gesucht. B9351
Angebote unter K. 2931 an Mannheimer General-Anzeiger Zweigstelle Waldhofstraße 6 erbeten.

Größere
Büroräumlichkeiten
von 6—8 Zimmern in guter Geschäftslage in Mannheim zum Bezug bis möglichst Mitte August oder 1. September
zu mieten gesucht.
Büroräumlichkeiten mit 4 Zimmern können in Tausch gegeben werden.
Angebote erbeten unter Z. N. 162 an die Geschäftsstelle d. Bl. 5190

Möbl. Zimmer
ohne Kochgelegenh. sucht geb. junge, tagsüber berufstät. Dame bei bess. Familie. Angebote an L 13, 7, part. B9374

Möbl. Zimmer
von ruhigem Kaufmann **zu mieten gesucht.** Klavier w. mitgebracht.
Angeb. unt. S. H. 49 a. d. Geschäftsst. *579

Gut möbl. Zimmer
für ältere Dame, welche tagsüb. bei Verwandten ist, Nähe Neckarstadt gesucht. Zeitgem. Miete. Angeb. unt. S. D. 45 a. d. Geschäftsst. *578

Möbliertes Zimmer
heller, luftiger Raum (evtl. mit 2 Betten) von Ingenieur sofort gesucht. Gegebenenfalls auch 2 Zimmer. *575
Angeb. unt. S. F. 47 an die Geschäftsstelle.

Möbl. Zimmer
in guter Lage von jung. Lehrer geg. zeitgem. Bezahlung gesucht. Evtl. wird Piano zur Verfügung gestellt und Unterricht gerne erteilt. Angebote unter R. Q. 41 an die Geschäftsstelle. *542

Wer gibt an Polizei-Wachtmeister B9371
1 Zimmer u. Küche
oder 1—2 Zimmer ab? Angebote unt. Q. Z. 25 an die Geschäftsstelle.

Auto-Garage
für Personenwagen zu mieten gesucht. B9364
Klingler, T 1, 13.

Vermischtes.

2 Kinder finden Ferien-Aufenthalt
in ein. Oberförsterei im Wald. 25 000 ℳ p. Tag freibl. Adr. in der Geschäftsstelle d. Bl. *583

Kaufmann mit reichen Erfahrungen in ...jähriger Selbständigkeit, erstkl. Verkäufer, sucht sich mit 100 Mill., evtl. mehr an nachweislich rentablem Geschäft, Industrie oder Großhandel
zu beteiligen
evtl. Geschäft zu kaufen. Angebote unter R. T. ... an die Geschäftsstelle d. Bl.

Pianos
in **Kauf** u. **Miete**
bei
Heckel
Piano-Lager
O 3, 10.

Verloren.

Verloren gegangen v. Rheinstraße, ... weißes
Trikot-Unterkleid.
Abzugeb. geg. gute Belohnung bei Dr. ... Luisenring 17.

Verloren
Trauring
gez. 750 R. F. 21. 9. ... Gegen Belohnung abzugeben.
Fleisch, Lenaustr. ...

Alt Gold-Silber-Platin
kaufen
Weil & Weber, N 3 Nr. 2
Platin-, Gold- u. Silberschmelze
Fernverkehr Tel. 2551 — Nahverkehr Tel. 8414

Anerkannt raschen und sicheren Erfolg
erzielen Sie durch Aufgabe Ihrer Anzeigen im
Mannheimer General-Anzeiger